

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestelgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,00 Mark.

Stuttgart den 31. Mai 1905

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Zettin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

Inhalts-Verzeichnis.

Das Attentat gegen das Wahlrecht in Hamburg. Von Luise Zieg. — Die weibliche Gewerbeaufsicht im Deutschen Reich. V. Von Emanuel Wurm. — Der Jehnstantentag. Von a. br. — Der Sozialdemokratische Frauenverband der Vereinigten Staaten. — Aus dem Leben einer Revolutionärin. Von W. B. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen des fünften sächsischen Reichstagswahlkreises. Von Magd. Petermann. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen im Kreise Essen. Von Frau Deuper. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizen: Soziale Gesetzgebung. — Frauenstimmrecht. — Vereinsrecht der Frauen. — Frauenbewegung. — Dichtung. — Feuilleton: An die Empfänglichen. Von Friedrich Theodor Bischof. (Gedicht). — Käthes Federhut. Von Ida Christen. — Glaubensbekenntnis. Von Friedrich Theodor Bischof. (Gedicht.)

Das Attentat gegen das Wahlrecht in Hamburg.

Von Luise Zieg.

Am 8. Mai fand in Hamburg die offizielle Schillerfeier statt, an der auch die Senatoren teilnahmen. Am darauffolgenden Sonntag erschien die Wahlrechtsvorlage des Senats, die das winzige Staatsbürgerrecht der arbeitenden Bevölkerung Hammonias vollends meucheln soll. Auch eine Schillerfeier! Wahrlich, schlimmer konnte man in der „Republik“ Hamburg den großen Freiheitsdichter nicht persiflieren, als mit dieser Wahlrechtsraubvorlage. Freiheit, die ich meine, denkt jedenfalls der Hamburger Patrizier und Spießher und hat dabei die Freiheit der schrankenlosesten Ausbeutung und Beherrschung der breiten Massen der Bevölkerung im Sinne, denn diese Freiheit ist es, die man durch den beabsichtigten Wahlrechtsraub noch fester zu fundieren gedenkt.

Zu dem frechen und brutalen Wahlrechtsraubversuch fügt man noch die Verhöhnung der zu Entrechtenden. Die Vorlage sagt in ihrer Begründung mit verbläffender Offenheit oder — unerhörter Frechheit, je nachdem man es bezeichnen will, daß der Wahlrechtsraub sich gegen die Sozialdemokratie richtet. Das Überfluten der Bürgerschaft durch die „rote Rote“ solle verhindert werden. Also ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie wollte man schaffen. Gleichzeitig aber heißt es, die Sozialdemokratie solle nicht als Mitarbeiter und dem Mitbestimmen innerhalb der Bürgerschaft ausgeschlossen werden, o nein, es gelte vielmehr nur, eine Vertretung der einzelnen Interessengruppen herbeizuführen, die deren Stärke und Bedeutung für das Gemeinwesen entspräche! Das wagt man in dem Augenblick zu behaupten, in dem man sich anschickt, die Vertretung der großen Masse der Bevölkerung zur vollständigen Einflußlosigkeit zu verdammen.

Gegenwärtig schon kann zur Bürgerschaft nicht etwa jeder steuerzahlende Staatsangehörige Hamburgs wählen, sondern nur jeder Hamburger „Bürger“ vom 25. Lebensjahr ab. Bürger kann werden, wer fünf Jahre lang ununterbrochen 1200 Mark versteuert, vorausgesetzt oben-
drein, daß er zum männlichen Geschlecht gehört.

Die Erweiterung bezüglich der Erwerbung des Bürgerrechtes — Erwerbung durch Abzahlung nennt es der Volkswitz — besteht erst seit 1896. Vorher konnte das Bürgerrecht nur erlangt werden durch Erlegung einer Stempelsteuer von 30 Mark. Die Wahlrechtsreform von 1896 erfolgte unter dem Drucke der öffentlichen Meinung, die beeinflusst ward von der entsetzlichen Choleraepidemie des Jahres 1892 und den dadurch grell beleuchteten grauenhaften Zuständen in Hamburg.

Seit 16 Jahren waren der Hamburger Bürgerschaft von Fachmännern ausgearbeitete Pläne unterbreitet worden, wie die Bevölkerung mit gesundem Trinkwasser versorgt werden könne. Die Bürgerschaft hatte kein Ohr für diese Vorschläge, wie für die Forderung eines Wohnungsgesetzes gehabt. Die Cholera mußte erst Tausende von Opfern fordern, bevor das Notwendigste geschah. Professor Bettenhofer und Professor Robert Koch hielten damals geradezu vernichtende Urteile über die Hamburger Mißwirtschaft. Der erstere erklärte, bezüglich des Trinkwassers, der Wohnungen, der Ernährung der Arbeiterschaft usw. spotteten die angetroffenen

Zustände jeder Beschreibung. Professor Koch rief aus, er habe bei der Untersuchung der Hamburger Verhältnisse vergessen, daß er in Europa sei. Es wurden Stimmen laut, die nachdrücklich forderten, daß angesichts solcher skandalöser Zustände, die nicht nur eine Gefahr für Hamburg, sondern für ganz Deutschland bildeten, Hamburg unter die Verwaltung des Reiches gestellt werde. Der verstorbene Bürgermeister, Senator Dr. Hachmann, erklärte damals, es täte bitter not, daß in die Stidluft der Bürgerschaft ein paar Sozialdemokraten hineinkämen, die für einen frischen Luftzug Sorge trügen.

Unter dem Drucke dieser Situation wurde 1896 die Wahlrechtsreform geboren, die wahrlich schwächlich genug war. Sie blieb den Arbeitern um so mehr schuldig, als die zensierten Bürger keineswegs alle Bürgerchaftsmitglieder wählen, sondern nur 80 von 160. 40 der übrigen Vertreter werden von den Notabeln (höheren Verwaltungsbeamten, Geistlichen, Richtern usw.) und die anderen 40 von den Grundbesitzern und Hauseigentümern gewählt. Um das Maß der Mängel voll zu machen, wählen Notable und Grundeigentümer nochmals bei den allgemeinen Wahlen mit. Sie haben also nicht nur die Hälfte der Mandate zur Bürgerschaft unumstritten, sondern besitzen außerdem ein doppeltes, oft (wenn sie Notable und Hauseigentümer zusammen find) ein dreifaches Wahlrecht.

Trotz des reaktionären Charakters der Wahlrechtsreform gelang es 1900, einen Sozialdemokraten in die Bürgerschaft zu entsenden, dem im Jahre 1904, bei den „roten Bürgerchaftswahlen“, zwölf weitere Vertreter des Proletariats sich zugesellten. Darob war das Geschrei des Bürgertums groß. Die Angst vor der aufstrebenden Sozialdemokratie ließ die Spießher nicht schlafen. In geheimen Konventikeln, anderen Vertrauensleuten des Senats teilnahmen, ist die Wahlrechtsraubvorlage ausgebrütet worden. Dieselbe will natürlich die Privilegiertenwahlen der Notabeln und Grundeigentümer bestehen lassen, nur soll dabei die Proportionalwahl eingeführt werden. Höhnend heißt es, daß dadurch auch hier die Sozialdemokraten sich Sitze erobern könnten. Dagegen wird die Grundlage des Wahlrechtes zu den allgemeinen Wahlen umgestaltet. Die hierfür in Betracht kommenden Wähler sollen in drei Klassen eingeteilt werden. Wähler erster Klasse sind diejenigen, welche 6000 Mark und darüber versteuern; ihnen sollen 24 von den 72 Mandaten fürs Stadtgebiet (8 Mandate entfallen aufs Landgebiet) gehören. Die zweite Klasse umschließt die Wähler, die 3000 bis 6000 Mark versteuern, sie erhalten ebenfalls 24 Mandate. 24 Mandate fallen endlich den Wählern dritter Klasse zu, das sind alle, die von 1200 bis 3000 Mark versteuern. Auch für diese drei Klassen ist die Verhältniswahl geplant, und die Beamten sollen das so lange vorenthaltene passive Wahlrecht erhalten. Beide Bestimmungen sind nicht etwa vom Gerechtigkeitsgefühl diktiert, sondern von der Hoffnung, mittels ihrer in der dritten Klasse der Sozialdemokratie Mandate abzugeben. An sich freizeitliche Einrichtungen werden in Verbindung mit der Klasseneinteilung zu reaktionären Nachenschaften degradiert.

Sollte der Wahlrechtsraub gelingen, was würde seine Folge sein? Bestenfalls könnte die Sozialdemokratie die 24 Mandate der dritten Klasse erobern, wenn — nicht die Verhältniswahl bestände. So werden es kaum 20 sein. Die erste und zweite Klasse sind der Vertretung der Arbeiterklasse gänzlich versperret. Damit ist diese dauernd zur vollsten Einflußlosigkeit verdammt. Selbst die Wirksamkeit der Kritik ihrer Vertreter würde bedeutend herabgemindert. Erklärlich genug. Hinter dem Bollwerk der Klasseneinteilung fühlen sich die Besitzenden und Herrschenden sicher. Sie können der schärfsten Kritik spotten, ihr Sitz gerät nicht ins Wanken; bei Neuwahlen brauchen sie ihn gegen den Ansturm der sozialdemokratischen Arbeiterschaft absolut nicht zu verteidigen, denn — diese hat nicht mitzureden. Bleibt der Druck der öffentlichen Meinung. Aber was klammert sich diese Kräfte-seelen darum, deren einziges Ideal die Sicherung ihres Profits ist. Daß bei ihnen die Scham zu den Hunden

gelothen ist, zeigt ja am deutlichsten die Vorlage zum Wahlrechtsraub.

Unsere prinzipielle Stellung zur Wahlrechtsfrage allein schon würde uns zum stammenden Protest gegen das freche Attentat aufpeitschen, würde uns anstacheln, laut und nachdrücklich den Ruf zu erheben: Her mit dem allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für alle Staatsbürger beider Geschlechter vom 21. Lebensjahre an. Doch davon abgesehen, sind es natürlich auch, wie wir gesehen haben, praktische Erwägungen, die uns verpflichten, alle Mittel anzuwenden, um den Wahlrechtsraub abzu-schlagen.

Nicht die Angst vor der Überflutung der Bürgerschaft durch die „Roten“ ist es, die zu diesem Attentat anreizte. Die Plutokratie und das Spießertum Hamburgs wissen ganz genau, daß bei dem jetzigen Wahlrecht der Zensur- und Privilegienwahlen eine solche Überflutung unmöglich ist. Wohl aber war die Furcht maßgebend, daß bei einer stärkeren Vertretung der Sozialdemokratie in der Bürgerschaft eine Verfassungsänderung (zu der eine Zweidrittelmajorität erforderlich ist), die im Zeichen des Krebses stehen würde, unmöglich wäre; ferner die Furcht, die liebgewonnenen Sessel und die Ehre einzubüßen, Bürgerchaftsmitglied zu sein. Vor allem aber zittert man bei dem Gedanken, die Sozialdemokratie könne hinter die Kulissen schauen, könne in die Verwaltungsdeputationen eindringen, wo das Geschäft und der Rebbach verteidigt wird, und sie werde dann den Herren das Geschäft verderben durch energische Verteidigung des Grundsatzes, der Staat müsse die Arbeiten möglichst in eigene Regie übernehmen. Ein gewichtiges Wort spricht auch noch die Angst mit, die Sozialdemokratie könne bei stärkerer Vertretung in den Bürger-ausschuß eindringen und dessen Maßnahmen mit der Fackel der Kritik beleuchten. Der Bürgerchaftsrausch ist aber heute für den Hamburger Senat eine gar bequeme Geldbewilligungsmaschine in Fällen, wo die Bürgerschaft sich einmal bodbeinig stellt. Es sind kleinliche, von krasserer Interessenspolitik und reaktionärem Geiste diktierte Gründe, welche den Hamburger Wahlrechtsraub veranlassen.

Die Erbitterung, die Empörung der Hamburger Arbeiterschaft ob der brutalen Vergewaltigung und frechen Beherrschung ist eine ungeheure. 24 der größten Säle Hamburgs saßen am Sonntag bei weitem nicht die Massen der Protestierenden, die sich feierlich verpflichteten, mit allen Mitteln die Durchführung des Planes zu verhindern zu wollen. Der Wahlrechtsraub sollte ursprünglich schon am 24. vor sich gehen, doch wurde in letzter Stunde die Entscheidung bis zum 29. verschoben. So oder so: die Vorlage soll im Automobiltempo durchgepeitscht werden, aus Furcht, daß bei gründlicher Vertretung der Widerstand der Massen organisiert werden könnte. Diese stehen dem Gedanken des politischen Streiks sympathisch gegenüber, das brachte die Diskussion in den Protestversammlungen zum Ausdruck. Die Verhältnisse drängen dazu, das neue Aktionsmittel ernstlich in Erwägung zu ziehen. Singe es nach uns, wühlte in allen Herzentiefen Erbitterung, flamme in jedem Hirn gewaltigste Empörung, so zögen am Entscheidungstage die Massen ruhig und ernst, aber ihrer Aufgabe voll bewußt, vor das Rathaus, den Ruf erhebend: Nieder mit dem Wahlrechtsraub! Her mit dem allgemeinen Wahlrecht! Da würden sie im Widerstand mit gekreuzten Armen verharren, bis uns unser Recht gesichert wäre.

Doch mag das reaktionäre Attentat, das charakteristisch für die Frivolität ist, mit welcher die Besitzenden geltendes Recht zertrümmern, ausfallen, wie es wolle, der Sozialdemokratie wird es nur nutzen. Schlagen wir es ab, so wächst das Selbstvertrauen der Massen gewaltig und unsere Werbekraft wird erhöht, unser Einfluß gestärkt. Siegt die Reaktion, so wird die Erbitterung im Proletariat eine so ungeheure sein, daß wir nur nötig haben, die Gelegenheit zur Aufklärung, zur Ausnutzung des uns gelieferten Agitationsstoffes beim Schopfe zu fassen, um Hunderte in unsere Reihen zu führen. Die Erbitterung der Entrechteten wird die Wahlrechtsräuber nicht zum ruhigen Genießen ihres

Triumphes kommen lassen. Mehr als je werden sie vor den sich sammelnden, zum Kampfe formierenden Massen erzittern.

Die Sozialdemokratie war, ist und wird sein. Sie spottet der Volkwerke, welche die Reaktion errichtet, um sie von den Parlamenten auszuschließen. In unermüdlicher Werbearbeit wird sie die Entrechteten und Enterbten sammeln, bis ihre Macht soweit erstarrt ist, aller Reaktion und Ausbeutung ein Ende machen zu können. Wir Frauen wollen bei dieser Arbeit freudig und begeistert mit Hand anlegen, wie wir freudig und begeistert alle Kämpfe der Sozialdemokratie teilen.

Die weibliche Gewerbeaufsicht im Deutschen Reich.*

Von Emanuel Wurm.

V. Hamburg.

Den Schluss in der Zusammenstellung der Reichsberichte bildet Hamburg, wo seit dem 1. April 1903 eine wissenschaftlich vorgebildete Assistentin, Fräulein Elben, amtiert. Ihre Tätigkeit erstreckt sich namentlich auf die Konfektions- und Nahrungsmittelindustrie. Nach dem Bericht für 1903 hatten die Arbeiterinnen bisher nur in ganz geringem Maße Gelegenheit genommen, ihre Wünsche der Assistentin auszusprechen oder um deren Fürsorge nachzuforschen. Die Assistentin ist aber auf dem richtigen Wege, sich das Vertrauen der Arbeiterinnen zu erwerben, indem sie in Arbeiterinnenversammlungen Vorträge hielt. In der „Gleichheit“ vom 27. Januar v. J. ist über einen dieser Vorträge berichtet und ausdrücklich betont, die Hamburger Gewerbeaufsicht habe dadurch nur gewonnen, daß ihre Beamtin in einer Gewerkschaft eine sozialpolitisch fortschrittliche, arbeiterfreundliche Auffassung vertrat. Erklärte sie doch eine neunstündige Arbeitszeit anstatt der jetzt gesetzlich normierten von elf Stunden für Arbeiterinnen in Hamburg als ganz den Verhältnissen angemessen und forderte die Arbeiterinnen auf, sich gewerkschaftlich zu organisieren und aus Konkurrentinnen zu Mitarbeiterinnen ihrer Berufsgruppen in dem Streben nach einer Verbesserung ihrer Lebenslage und höherer Kultur zu werden.

Gewerberat Giesecke meint in seinem Bericht etwas griesgrämig: „Wenn auch diese Vorträge von der Zuhörerschaft und von der Arbeiterpresse freundlich aufgenommen wurden, so haben dieselben doch nicht dazu geführt, daß die Arbeiterinnen in nähere persönliche Beziehungen zu der Assistentin getreten sind.“

Erstens geht das bei dem Mißtrauen, das durch die Polizeiherrschaften bei den Arbeitern gegen Staatsbeamte überhaupt herrscht, nicht so rasch. Und zweitens ist es auch gar nicht nötig, daß die Arbeiterinnen persönlich sich mit der Assistentin in Verbindung setzen; vielmehr ist dazu das Gewerkschaftsblatt, respektive das Arbeiterssekretariat oder die weibliche Vertrauensperson da. Wir zweifeln nicht, daß Fräulein Elben sehr bald den richtigen Weg finden wird, um zum Schutze der Arbeiterinnen tätig sein zu können.

Die eingehende Schilderung der für das Jahr 1903 erstatteten Berichte der weiblichen Gewerbeaufsicht erschien uns notwendig, um einen orientierenden Überblick über deren bisherigen Erfolge — und Mißerfolge zu geben. Aus den Berichten geht deutlich hervor, daß die von unserer Partei aufgestellte Forderung: Der Arbeiterschutz den Arbeitern! sich durch die Tatsachen selber als vollauf berechtigt erwiesen hat.

Gewiß ist es ein Fortschritt, wenn auch eine weibliche Gewerbeaufsicht geschaffen wird. Aber die tüchtigste Beamtin — ebenso wie der tüchtigste Beamte — kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie sich an die Arbeiterorganisationen wendet. Da es immer noch viele Gewerbeaufsichtsbeamte im Deutschen Reich gibt, welche jede Gewerkschaft als überflüssig und schädlich betrachten und es ablehnen, als monarchische Beamte in offiziellen Verkehr mit den „Unstüzlern“ zu treten, muß die Gewerbeaufsicht zunächst beweisen, daß sie diesem Polizeigeist entwachsen ist. So lange ist es ja noch gar nicht her — ja in einigen Gegenden geschieht es noch heute —, daß Gewerbeaufsichtsbeamte es direkt ablehnen, von „fremden Leuten“, als welche die Gewerkschaftsvertreter bezeichnet werden, Beschwerden anzunehmen.

Dank der unablässigen Arbeit der Gewerkschaften und den scharfen Kämpfen, die unsere Fraktion im Reichstag hierfür aufsucht, haben sich die Arbeiterorganisationen immer mehr Anerkennung errungen. Aber noch sind die meisten Bundesstaaten von der Haltung, wie sie Bayern und Württemberg gegen die Gewerkschaften einnehmen, weit entfernt. Es gilt also weiter zu kämpfen, um auch für die Gewerbeaufsicht ersprießliche Zustände zu schaffen. Nur durch Mitarbeit der Arbeiter und Arbeiterinnen kann diese zur Schutzwehr gegen Willkür und Terrorismus des Unternehmertums werden. Gewiß — der kapitalistische Staat wird den Kapitalisten nicht die Augen ausschaden. Aber soweit er durch die politischen Verhältnisse gezwungen wurde, Arbeiterschutzgesetze entstehen zu lassen, soweit kann er auch dahin zu bringen sein, daß er für strikte Durchführung dieser Gesetze sorgt.

Vorläufig lehnt er es noch ab, daß die Arbeiter direkt an der Gewerbeaufsicht beteiligt werden und ihre eigenen

Vertreter wählen. Deshalb haben die Arbeiter dafür zu sorgen, daß sie inzwischen wenigstens von den Gewerbeaufsichtsbeamten zur Aufklärung herangezogen werden müssen!

Wie notwendig dies besonders für den Schutz der Arbeiterinnen ist, haben die hier besprochenen Berichte einsichtsvoller Beamten und Beamtinnen gezeigt.

Auch in England, wo seit 1893 Inspektorinnen angestellt sind, treten diese mit den Gewerkschaften in nützbringende Verbindung. Aber auch dort fordern die Trades Unions, daß Arbeiterinnen dieses Amt bekleiden. In einer Studie von Helene Simon: Die Fabrik- und Sanitätsinspektorinnen in England (Schmollers' Jahrbuch für Gesetzgebung usw., XXI. Jahrgang, 3. Heft) gibt sie die Ansicht erfahrener Trade Unionisten wieder, die dahin geht, daß die ehemalige Arbeiterin ihre frühere Genossin naturgemäß am besten versteht, am meisten Vertrauen bei dieser findet und auch am schärfsten hinter die Kulissen sieht. „Welche Fähigkeit, wie viel Kraft und Eifer auch die bürgerliche Frau dem Beruf zubringen mag, es fehlt die intime Kenntnis der Arbeiterinnen im Guten und Bösen; sie weiß weder von ihren Schlichen, noch von ihren scheuen Tugenden, noch von den tausend Hintertüren, durch die sich Gesetzesübertretungen hinein- und herauschleichen, je nachdem die Inspektion naht oder den Rücken dreht.“ Deshalb befürwortet Helene Simon mit Rücksicht auf möglichst vollständige und vollkommene Leistungen der Gewerbeaufsicht, abgesehen von der Anstellung von Assistentinnen aus der Arbeiterklasse, daß Inspektorinnen aus proletarischen und solche aus bürgerlichen Kreisen als gleichberechtigte, koordinierte Beamtinnen nebeneinander wirken. Klara Zetkin, die die Simonsche Studie in der „Neuen Zeit“ (XVI. Jahrgang, 1. Band, Seite 484) besprach, ergänzt diese Forderung dahin, daß aus den bürgerlichen Kreisen besonders Ärztinnen zur weiblichen Fabrikinspektion herangezogen werden sollen.

In Deutschland haben wir noch manchen Kampf mit den Scharfmachern und der Reaktion auszufechten, bis wir zur Verwirklichung dieser Forderung gelangen, so selbstverständlich sie auch eigentlich ist. Zunächst müssen wir hier dafür sorgen, daß die Zahl der vom Staate eingesetzten Assistentinnen vermehrt und nicht, wie man in manchen Bundesstaaten möchte, vermindert wird. Ferner ist für eine regelmäßige Tätigkeit der von den Gewerkschaften gewählten Vertrauenspersonen zu sorgen. Ihre Zahl ist ohnehin noch viel zu gering, sie beträgt nur 28. In folgenden Orten waren Ende 1903 solche Vertrauenspersonen vorhanden: in Altenburg, Apolda, Berlin, Burg bei Magdeburg, Cannstatt, Frankfurt a. M., Gießen, Göttingen, Götlich, Hanau, Heilbronn, Köln, Ludwigsburg, Magdeburg, Offenbach, Reichenbach i. S., Reutlingen, Schönebeck a. E., Schwerin, Stralsund, Striegau, Ulm, Verdau, Wismar, Zeitz, Juffenhäusen.

Sache der Arbeiterinnen ist es, dafür zu sorgen, daß überall, wo sich Gewerkschaften befinden, auch weibliche Vertrauenspersonen gewählt werden, welche der Gewerbeaufsicht die Beschwerden der Arbeiterinnen übermitteln. Ohne diese Vertrauenspersonen wird die weibliche Gewerbeaufsicht den Arbeiterinnen nicht die erforderliche Hilfe bringen, sondern ein Trugbild bleiben.

Der Zehnstundentag.

Die deutsche Sozialpolitik zögert ebenso sehr, wie die deutsche Agrarpolitik haltet. Dieser Gegensatz kennzeichnet scharf die deutsche Wirtschaftspolitik, die alle Liebe, allen Eifer den Junkern und anderen Großgrundbesitzern zuwendet, während die Machthaber aus den Erwägungen, Nachprüfungen, Bedenken und sonstigen Mitteln, Zeit zu gewinnen und die Entscheidung hinauszuschieben, nicht hinauskommen, wenn es gilt, auf den mit Presssteinen übersäten Weg des sozialpolitischen Fortschritts ein Schrittchen vorwärts zu machen. Besonders dann ist man bedächtig, wenn es sich um Forderungen handelt, die sich mit einer neuen Nummer der Gesetzesammlung nicht erledigen lassen. Beim Kinderschutzgesetz sehen wir, und die Berichte der Fabrikinspektoren beweisen es, daß es unausgeführt bleibt. Ganz anders wäre es bei einem seit langem in Aussicht gestellten Gesetz, das die Höchstdauer der Beschäftigung der Arbeiterinnen vermindern würde. Da würden die Gewerkschaften schon dafür sorgen, daß den Gesetzesbestimmungen der Respekt der Unternehmer nicht fehle.

Als vor einem halben Menschenalter für die Arbeitszeit der erwachsenen Fabrikarbeiterinnen die Grenze von elf Stunden festgelegt wurde, war in der deutschen Fabrikindustrie, von der Textilindustrie abgesehen, die Arbeitszeit noch in mehr als der Hälfte der Betriebe unter elf Stunden gefallen. Nun, wo man Enquete auf Enquete über die Arbeitszeit der verheirateten und dann aller Fabrikarbeiterinnen folgen läßt, ist die Arbeitszeit in vielen deutschen Fabriken, von einem Teile der Textilbetriebe abgesehen, auf zehn und weniger Stunden gefallen, so daß der endlich bewilligte, vorerst aber nur verheißene Zehnstundentag für die Frauen, der Mehrzahl der Fabrikarbeiterinnen, keine Verkürzung der Arbeitszeit bringen würde. Dies beweisen auch die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten, die eben unter dem Titel „Die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen“ vom Reichsamt des Innern herausgegeben wurden (Berlin 1906. H. v. Deckers Verlag. Preis 13,50 Mk.!).

Es hatten von 813560 Fabrikarbeiterinnen, für die am 1. Oktober 1902 die regelmäßige tägliche Arbeitszeit festgestellt wurde,

9 Stunden und weniger gearbeitet	86191
9—10	347814
Somit höchstens 10 Stunden	434005
Dagegen über 10	379555

Unter je 1000 Fabrikarbeiterinnen arbeiteten höchstens	
9 Stunden	106
9—10	427
10—11	467
Unter je 1000 Fabrikarbeiterinnen arbeiteten höchstens	
10 Stunden:	
In Preußen	622
(= Groß-Berlin	890)
= Bayern	466
= Sachsen	417
(Im Aussichtsbezirk Zwickau	188)
In Württemberg	538
= Hessen	707
= Lübeck	900
= Bremen	933
= Hamburg	249

Wählen wir eine Betrachtung nach Gewerbegruppen, so finden wir, daß die Textilindustrie die längste Arbeitszeit hat und, da sie die größte Zahl von Arbeiterinnen (348538) beschäftigt, an der hohen Prozentzahl der mehr als zehn Stunden tätigen Fabrikarbeiterinnen die Schuld trägt. Das wird man sofort erkennen, wenn wir die Berufsgruppen nach der Stärke der beschäftigten Fabrikarbeiterinnen gruppieren:

Berufsgruppe	Zahl der Beschäftigten	Unter je 1000 Fabrikarbeiterinnen arbeiten		
		9 Stund. und weniger	über 9—10 Stunden	über 10—11 Stunden
Textilindustrie	348538	20	272	708
Nahrungs- u. Genussmittel	119744	180	535	395
Bekleidung u. Reinigung	93635	192	541	267
Industrie der Steine u. Erden	49917	105	530	365
Metallverarbeitung	44849	20	567	313
Papierindustrie	44160	187	538	275
Poligraphische Gewerbe	25231	518	447	35
Maschinen, Werkzeuge, Instrumente, Apparate	23715	176	670	154
Holz u. Schnitzstoffe	18697	151	517	332
Chemische Industrie	14390	112	648	240
Lederindustrie	9805	102	679	219
Fette, Öle, Firnisse usw.	5749	80	600	320

Sehen wir von der Textilindustrie ab, so beschäftigen bloß fünf Industriegruppen rund ein Drittel der Fabrikarbeiterinnen länger als zehn Stunden, in allen anderen Industriegruppen ist nur für kleinere Bruchteile der Arbeiterinnenzahl eine über zehn Stunden ausgedehnte Beschäftigungszeit festgestellt worden. Selbst in der Textilindustrie würde fast für ein Drittel der Fabrikarbeiterinnen die Einführung des Zehnstundentags nur die gesetzliche Vorsehung der schon bisher geltenden Dauer ihrer Arbeitszeit bedeuten. Wie verschieden die Verhältnisse in der Textilindustrie sind, bei dessen Unternehmertum der Hauptwiderstand gegen die Einführung des gesetzlichen Zehnstundentags für die Fabrikarbeiterinnen zu suchen ist, geht aus der nachstehenden Zusammenstellung hervor. Es arbeiten unter je 1000 Textilarbeiterinnen über 10 bis 11 Stunden:

In Anhalt	1000
= Sachsen-Weimaringen	982
= Oldenburg	979
= Mecklenburg-Strelitz	958
= Baden	910
= Elsaß-Lothringen	895
= Bayern	855
= Sachsen (Königreich)	750
= Hessen-Darmstadt	743
= Württemberg	680
= Preußen	603

Für die Textilarbeiterinnen würde die Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden einen Fortschritt bedeuten. Wirt fürchten aber, daß durch Übergangs- und Ausnahmegesetzungen die Interessen der Textilindustriellen mehr gewahrt und geschützt werden als die Interessen der Arbeiterinnen.

Wenn man die Enquete des Reichsamtes des Innern kritisch durchnimmt, gewinnt man den Eindruck, daß die überwiegende Masse der Unternehmer in allen Industrien, mit Ausnahme der Textilindustrie, in der Einführung des Zehnstundentags für die Fabrikarbeiterinnen keine Schädigung ihrer Interessen erblicken kann. Die Regierung ist somit bei der Verschleppung dieser seit langem nötigen Maßnahmen noch mehr von Unternehmertum erfüllt, wie das Unternehmertum selbst. In der Untersuchung sind die Gründe für die Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur weit gewichtiger als die, welche die Erhaltung des bestehenden Zustandes befürworten, sie nehmen auch bedeutend mehr Raum ein. Wir finden eine ganze Anzahl alter Bekannter darunter, viele Gründe, die unsere Agitation und unsere Presse immer wieder vorgeführt haben. Doch wir wollen uns bei der natürlich nicht offen ausgesprochenen Anerkennung unserer Auffassung nicht aufhalten, weil uns an ihr herzlich wenig liegt. Wir lassen vielmehr einen Überblick über den gutachtlichen Teil der Untersuchung folgen, soweit das weitsichtige Material dies im engen Rahmen eines Zeitungsartikels zuläßt.

Von denjenigen Aufsichtsbeamten, welche sich für die gesetzliche Einführung des zehnständigen Maximalarbeitstages aussprechen, wird meist mit Nachdruck herorgehoben, daß die Herabsetzung der elfstündigen Beschäftigungsdauern aus sittlichen und gesundheitlichen Rücksichten dringend geboten ist. So sagt der Aufsichtsbeamte zu Breslau: „Der in der Herabsetzung der Arbeitszeit liegende Fortschritt ist so bedeutend und für die Kultur, Gesundheit und Sittlichkeit der ganzen Arbeiterbevölkerung auf die Dauer von so heilsamem Einfluß, daß dessen Einführung entschieden befürwortet

* Siehe Nr. 2, 4, 6 und 8 der „Gleichheit“.

werden kann." Der Kölner Bericht bezeichnet die Verkürzung der Arbeitszeit aus den gleichen Gründen als eine Notwendigkeit. Der Aufsichtsbeamte für den Bezirk Hannover beruft sich darauf, daß er schon im Jahre 1899 als Gründe für die Herabsetzung angeführt hat: a. Die eigenartige körperliche Konstitution der Frau; b. ihr Mutterberuf; c. die Erhaltung des Hausstandes; d. die Ernährung und Erziehung der Kinder.

Der Erfurter Aufsichtsbeamte meint, daß eine effiziente Beschäftigung im Fabrikbetriebe besonders den schwächlichen weiblichen Organismus stark angreift. Die oft stundenlangen Wege werden auch gegen die lange Arbeitszeit ins Feld geführt. Aber das Gedeihen der Kinder, über die Hebung des Familienlebens, über das Bedürfnis nach Fortbildung bei kurzer Arbeitszeit findet sich manch treffliches Wort in den Gutachten. Den Einwand der Unternehmer, daß die unverheirateten Arbeiterinnen ihre Freizeit in sittlich bedenklicher Weise verwenden könnten, weisen mehrere Berichte zurück. Nur wenige Aufsichtsbeamte verneinen das Bedürfnis nach Verkürzung der Arbeitszeit aus sittlichen und gesundheitlichen Gründen.

Ein sehr umfangreiches Kapitel ist der Frage gewidmet, ob die Verkürzung der Arbeitszeit im Hinblick auf die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer und der Arbeiterschaft durchführbar ist. Viele Inspektoren halten auch in dieser Hinsicht die Verkürzung der Arbeitszeit für unbedenklich, die meisten Bedenken werden für die Textilindustrie ins Feld geführt, unseres Erachtens nach den Erfahrungen in der Schweiz und in Osterreich mit Unrecht.

Eine Verminderung der Arbeitsleistung ist nach dem Urteile vieler Aufsichtsbeamten nicht zu erwarten. Andere meinen, daß der befürchtete Ausfall der Produktion durch geeignete Maßnahmen der Unternehmer wohl wett gemacht werden könnte. Ferner wird bemerkt, daß auch der Unternehmer bei Verkürzung der Arbeitszeit Ersparnisse der Unkosten für Beleuchtung, Heizung und Unterhaltung der Betriebskraft machen kann.

Die Wirkung des kürzeren Arbeitstages auf die Löhne wird in den Berichten auch erörtert. Diejenigen Aufsichtsbeamten, welche sich für die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages aussprechen, vertreten die Ansicht, daß eine dauernde allgemeine Minderung des Lohnniveaus nicht zu befürchten sei. Dann heißt es, wo der Lohn schon jetzt so niedrig ist, daß er der Arbeiterschaft gerade den Lebensunterhalt ermöglicht, verbiete sich eine Kürzung des täglichen Lohnbetrages von selbst. Auch für die Textilindustrie wird bewiesen, daß die kürzere Arbeitszeit zu höheren Leistungen führen kann. Schon heute wird am Sonnabend nur zehn Stunden gearbeitet und doch in vielen Fabriken mehr erzeugt als an einem der anderen Wochentage mit elfstündiger Arbeitszeit.

Die Befürchtung, daß die Verkürzung der Arbeitszeit in erheblichem Umfange zu Entlassungen von Arbeiterinnen führen könne, wird nur in sehr wenigen Gutachten geäußert. Weder beschäftigen sich nur wenige Gewerbeaufsichtsbeamten mit der wichtigen Frage, ob eine gesetzliche Beschränkung der täglichen Arbeitszeit eine erhebliche Vermehrung der Hausarbeit zur Folge haben würde. Einige Gutachten erklären diese Befürchtung für unbegründet, in anderen wird dagegen betont, daß von weiteren Beschränkungen der Fabrikarbeit eine verstärkte Heranziehung der Arbeiterinnen zur Hausarbeit allerdings zu erwarten sein werde. Mit Recht wird deswegen verlangt, daß gleichzeitig mit der Verkürzung der Beschäftigung von Arbeiterinnen in Fabriken eine Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Heimarbeit und das Verbot der Übertragung von Hausarbeit an Fabrikarbeiterinnen in Kraft treten müsse.

Den entschiedensten Widerspruch gegen die Verkürzung der Arbeitszeit trafen die Aufsichtsbeamten bei den Textilindustriellen an, bei den Handelskammern und bei den Unternehmerverbänden, die jeder Sozialpolitiker aus Prinzip ablehnen. Die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen erklärten sich übereinstimmend für die Verkürzung der Arbeitszeit. Wo von nicht organisierten Arbeiterinnen Bedenken gegen die Verkürzung der Arbeitszeit erhoben wurden, geschah es aus Furcht, daß der Lohn noch weiter gekürzt werden könnte. Aber selbst diese Äußerungen waren nur selten festzustellen.

In einem besonderen Abschnitte werden die Gutachten über die auch in Erwägung gezogene Verlängerung der Mittagspause auf 1½ Stunden zusammengestellt; wir werden diesen Teil der Enquete in einem besonderen Artikel behandeln.

Alles spricht für eine Verkürzung der Arbeitszeit, aber damit ist sie noch lange nicht zum Gesetz geworden. Hierzu ist der Druck von unten um so dringender erforderlich, als die Regierung nur zu leicht dem Drucke der Unternehmer nachgibt, keinen Schritt weiter auf der Bahn der Sozialpolitik vorwärts zu schreiten.

Mögen darum die Arbeiterinnen laut und kräftig bei jeder Gelegenheit ihre Stimme erheben für die Verkürzung der Arbeitszeit. a. hr.

Der Sozialdemokratische Frauenverband der Vereinigten Staaten.*

In den Vereinigten Staaten existiert schon seit beträchtlicher Zeit eine organisierte Frauenbewegung. Im Verlauf

der letzten Jahre ist ihr Wachstum besonders in Erscheinung getreten, ihr Einfluß beginnt sich sogar in hohen politischen Regionen fühlbar zu machen. Diese Bewegung wird jedoch fast ausschließlich von den Frauen der besitzenden Klassen getragen, ihr Hauptziel ist die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes, die Erlangung des Frauenwahlrechtes. Sie beachtet nicht das weitestgehende Frauenwahlrecht, als der Probleme, die aus der Tatsache erwachsen, daß ein stetig anschwellendes Heer von Frauen aus dem Heime in die Werkstätten und Fabriken getrieben wird.

Unter diesen Umständen sind natürlich die Frauen der Arbeiterklasse abseits von der frauenrechtlerischen Bewegung der bürgerlichen Damen geblieben. Aber lange Zeit haben sie ebensowenig daran gedacht, in eine eigene Bewegung einzutreten. Ihre Gleichgültigkeit und Untätigkeit waren so groß, als ob die Fortschritt der Menschheit gegenseitigen Zeit- und Streitfragen, als ob die erbitterten, allseitigen Kämpfe zwischen den verschiedenen Klassen der Gesellschaft in nichts ihre Interessen berührten.

Allerdings muß billigerweise ein Teil des diesbezüglichen Tadelns ihre Arbeitskameraden, ihre männlichen Verwandten treffen, Glieder der gewerkschaftlichen und sozialistischen Bewegung davon nicht ausgenommen. Manche von ihnen hatten in betreff der Gleichberechtigung der Frau noch rückständige Ansichten, und das trotz ihres politischen Glaubensbekenntnisses, trotz des Programms, das für alle wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung ohne Unterschied der Religion, der Rasse und des Geschlechtes fordert. Sie unterließen es nicht nur, die Organisierung ihrer Berufsgenossinnen, Klassen-genossinnen zu unterstützen und zu fördern, sondern sie belundeten oft eine mehr als nur gleichgültige Haltung gegenüber den Genossinnen, welche vereinzelt für die Emanzipation der Frau eintraten.

Jedoch der nämliche Prozeß der kapitalistischen Entwicklung, welcher die Grundlage der modernen Arbeiterbewegung schuf, mußte die gleiche Wirkung auf die Frauen wie die Männer des Proletariats ausüben, mußte die Lohnarbeiterinnen zum Bewußtsein ihrer Lage erwecken, sowie zur Erkenntnis der Pflichten, die ihnen daraus erwachsen. Indem der Kapitalismus die Proletarierin zwang, auf dem Arbeitsmarkt in Konkurrenz mit ihren Klassengenossen zu treten, zerstörte er unerbitlich das bescheidene Glück, das unter den früheren Verhältnissen im Arbeiterheim geherrscht haben mochte, er trieb mit Notwendigkeit auch die Lohnflavin dazu, sich gewerkschaftlich zu organisieren und an der sozialistischen Bewegung zu beteiligen.

In den Vereinigten Staaten entstanden plötzlich hier und da sozialistische Frauenvereine und Arbeiterinnenorganisationen, welche die sozialistische Bewegung der betreffenden Orte in wertvoller Weise unterstützten. Allein diese Gruppen verschwanden so rasch, als sie entstanden. Erst 1897 wurde eine sozialistische Frauenorganisation von größerer Bedeutung gegründet. In diesem Jahre gelang es den energischen Bemühungen einiger erfahrenen Genossinnen, den ersten Zweigverein des Sozialdemokratischen Frauenverbandes der Vereinigten Staaten in der Stadt Newyork ins Leben zu rufen. Der Gründung folgte die Konstituierung anderer Zweigvereine sowohl in der Stadt Newyork, wie in vielen anderen Städten der Union.

Was seine allgemeine Aktion anbelangt, so bildet der sozialdemokratische Frauenverband eine Art Bundestruppe der sozialistischen Partei Amerikas, denn er unterstützt dieselbe, wo und wann immer Hilfe seinerseits notwendig und von Nutzen scheint. Da er jedoch als seine besondere Aufgabe betrachtet, die Lohnarbeiterinnen zu organisieren und zum Verständnis der sozialistischen Ideen zu erziehen, so ist er vollkommen autonom, selbständig in der Führung seiner Geschäfte. Er läßt sich angelegen sein, Vereine zu organisieren, Massenmeetings zu veranstalten, agitatorische Kräfte in die Städte der Vereinigten Staaten zu entsenden, Flugblätter und Broschüren in verschiedenen Sprachen zu veröffentlichen usw. Der Sozialdemokratische Frauenverband umfaßt gegenwärtig 25 gut organisierte Zweigvereine mit mehr als 700 Mitgliedern. Ein Zentralkomitee von Delegierten der Zweigvereine tritt einmal in jedem Monat zusammen. Seine Aufgabe ist es, die Einheit und Geschlossenheit der Aktion des Verbandes aufrecht zu erhalten. Auf der vorjährigen Jahreskonferenz gelangten Anträge zur Verhandlung und Annahme, welche sich auf die Kinderarbeit, die Fabrikinspektion, Arbeiterinnenstatistiken usw. bezogen.

Angesichts der Tatsache, daß die Frauen das Wahlrecht nicht besitzen, scheint eine Agitation unter ihnen ausschließlich über politische Fragen nicht angängig. Die Propaganda muß vielmehr einen allgemein ausflüchtenden und erzieherischen Charakter tragen. In den verschiedenen Bildungsvereinen, welche dank der Initiative des Sozialdemokratischen Frauenverbandes organisiert worden sind, haben die Arbeiterinnen Gelegenheit, in systematischer Weise in die Geschichte, Nationalökonomie, Philosophie und andere Wissenschaften eingeführt zu werden, welche eine klare und tiefe Auffassung der sozialistischen Ideenwelt ermöglichen.

Ein Rückblick auf die Fortschritte, welche die Organisation in der kurzen Periode ihres Bestehens aufweisen kann, berechtigt zu der Überzeugung, daß trotz der großen Schwierigkeiten, welche es zu überwinden galt, der erste, dauerhafte Anfang zu einer sozialistischen Frauenbewegung in den Vereinigten Staaten gemacht ist. Welche Hindernisse auch die Zukunft noch bringen mag: die Genossinnen sind fest entschlossen, den gewählten Weg mit aller Fähigkeit und Energie weiter zu verfolgen und Seite an Seite mit der sozialistischen Partei Amerikas zu arbeiten und zu kämpfen, bis der Sieg errungen ist.

Aus dem Leben einer Revolutionärin.

In dem Orschen Wangen am Bodensee stand vor nunmehr 34 Jahren ein heißes Herz still, das Herz einer merkwürdigen und interessanten Frau, deren Namen einst weithin bekannt war. Aber wie wenige kennen Louise Aston heute noch? Und doch hat sie einstmal einen mächtigen Einfluß ausgeübt auf die geistige Entwicklung der deutschen Frauenwelt. Ihre Kühnheit schien damals den meisten unerhört, und ehrbare Spießbürgerfrauen mögen sich bekreuzigt haben, wenn der Name Aston genannt wurde. Heute urteilt man anders über das schöne, kühne und geniale Weib, das in den vierzig Jahren des vorigen Jahrhunderts die Gleichstellung der Geschlechter mit einem solchen Nachdruck zu fordern wagte, daß die Geister allerwärts darob in Bewegung gerieten.

Louise Aston stammte aus dem Dorf Groningen bei Halberstadt; sie wurde dort 1815 als Tochter des Pfarrers Hoche geboren. Ihre Eltern waren arm, und als der in Magdeburg lebende Engländer Aston, ein Großindustrieller, der vermögenslosen Pfarrerstochter einen Heiratsantrag machte, waren die Eltern außer sich vor Freude, die schöne und geistig hervorragende Tochter so wohl versorgt zu sehen. Louise willigte nur mit Widerstreben ein. Ihr Buch: „Aus dem Leben einer Frau“ enthält die Geschichte dieser Ehe, die bei ihr eine völlige Umwandlung der Weltanschauung hervorbrachte.

Louise hatte ein Herz für die Arbeiter, und mit Beschämung sah sie, wie ihr Gatte, ein Parvenu schlimmster Art, Unsummen für Aппigleit und Genüsse jeder Art verschleuderte, während die Arbeiter mit elenden Löhnen abgefunden wurden. Sie konnte es nicht ertragen, angefaßt des Proletariates elendes das Leben ihres Mannes mitzumachen; sie rührte ihre kostbaren Toiletten und ihr Geschmeide nicht mehr an, und es kam schließlich zur Scheidung von dem ungeliebten Gatten; der im Alltagschlamm wandelnde Parvenu und die hochsitzende Idealistin konnten nicht beisammen bleiben. Louise verwarf damals auch die Wohlthätigkeit, weil diese, wie sie sagte, die Menschenrechte der Armen beeinträchtigt und diese selbst erniedrige. Sie war von selbst zu einer sozialistischen Auffassung — freilich nicht im heutigen Sinne — gekommen, und nachdem sie von den Fesseln einer ihr verhaßten Ehe befreit war, entfaltete sich ihr Geist immer mächtiger.

Die Liebe griff in ihr Leben ein, und ihr ganzes Wesen veränderte sich dadurch. Indem sie betonte, daß sich auf den Unterschied der Geschlechter keinerlei Vorrechte gründen dürften, stellte sie jene beiden Sätze auf, die so viel Aufsehen erregten, nämlich, daß Prostitution das Begewerfen der Persönlichkeit inner- und außerhalb der Ehe sei, und daß die Persönlichkeit nur um den Preis der Liebe hinzugeben ein Ziel des Weibes sein müsse.

Wenn schon dieser Satz einen Sturm unter dem Philistertum erregte, so noch mehr der andere, daß eine Frau, die sich einem jeden Manne hingebt, auch nicht schlechter sei, als ein Mann, dem jede Frau recht sei.

Louise Aston wagte es, die Freiheit der Liebe zu verkünden, und zwar bereits in ihren 1846 erschienenen Gedichten „Wilde Rosen“, in denen sie von sich sagt:

„Freiem Lieben, freiem Leben,
Hab' ich immer mich ergeben.
Freiem Leben, freiem Lieben
Bin ich immer treu geblieben.“

Man mag darüber denken wie man will: in der Kühnheit dieser Frau lag aber ein Gegenstoß gegen den Druck der vormärzlichen Zeit.

Bald war die Polizei hinter Louise Aston her, und sie wurde aus Hamburg und Berlin ausgewiesen. Ihr Leben ward zu einer Kette von politischen und Liebesabenteuern. In Berlin kam sie in die bekannte Gesellschaft der „Freien“, in der Max Stirner, Ludwig Duhl, Bruno und Edgar Bauer und andere verkehrten. Diese Gesellschaft mit ihrem Anarchismus ist oft und zur Genüge kritisiert worden. Louise Aston ging mit ihren Freunden abends in Männerkleidung aus, um nicht belästigt zu werden, wie George Sand dies in Paris tat. Eine Menge ergötzlicher Anekdoten wurden von ihr erzählt. Unter anderem sagte man ihr nach, sie habe die Leidenschaft eines bekannten preussischen Märzministers erweckt, und dieser habe in der Fürtlichkeit zu ihr gesagt: „Nenne mich du, mein Engel!“ Als sie sich dann zu ihm verabschiedete, habe er gemeint: „So, nun können Sie mich wieder Sie nennen!“

Im Jahre 1848 wollte sich Louise Aston auch werktätig an der großen Volksbewegung beteiligen. Sie ging als freiwillige Krankenpflegerin mit den Berliner Freiwilligen nach Schleswig-Holstein. Sie zeigte viel Mut und Selbstverleugnung und ging so tapfer ins Feuer, daß sie von einer dänischen Kugel an der Hand verwundet wurde.

Louise Aston war keine Freundin der Ehe, wie ihre Feinde ihr nachsagten. Sie kam nach der Niederlage der Volksbewegung nach Bremen, wo sich die Demokratie bekanntlich länger hielt als im übrigen Deutschland. Dort verheiratete sie sich mit dem Arzte Meier und verließ mit ihm Deutschland. Sie lebten in Rußland und in Osterreich, und Louise widmete sich ganz ihrem Gatten, der ihr sehr teuer war. Sie trat nicht mehr öffentlich auf, und 1871 kam sie krank nach Deutschland zurück, um vergebens am Bodensee Heilung zu suchen.

Die Schriften dieser interessanten Frau sind nicht zahlreich; sie hat Erinnerungen aus dem Feldzug in Schleswig-Holstein, Betrachtungen über Revolution und Konterrevolution und einige Romane herausgegeben, in denen ihre Ideen vertreten und auch Selbstbekenntnisse enthalten sind.

* Die nachstehenden Ausführungen waren als Bericht für den internationalen Sozialkongreß zu Amsterdam bestimmt. Sie wurden von der Delegierten unserer amerikanischen Genossinnen, Dr. Anna Jugerman, freundlichst zur Veröffentlichung in der „Gleichheit“ zur Verfügung gestellt.

In der Geschichte der deutschen Frauenwelt, die bekanntlich noch nicht zweck- und zeitgemäß geschrieben ist, verdient Louise Aston ihren Platz.

In der „Leipziger Illustrierten Zeitung“ von 1848 findet sich ihr Porträt: ein schön geschnittenes Gesicht mit großen Augen. Von Gestalt war sie groß und stattlich und überhaupt nicht übermäßig zart gebaut. Sie hat viele Männer bezaubert, und in ihrem Salon zu Berlin war stets eine ganz außerordentliche literarische, künstlerische und politische Gesellschaft versammelt, obschon Louise von der Polizei als Revolutionärin verfolgt wurde.

W. B.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Öffentliche Versammlungen, in welchen Genossin Zieg-Hamburg referierte, fanden kürzlich statt in Braunschweig, Erfurt und Halle. In Erfurt gelang es, eine Genossin für den Posten der weiblichen Vertrauensperson zu gewinnen, und außerdem fand die „Gleichheit“ circa 100 Abonnenten. Auch in Halle vermehrte sich die Zahl der Leserinnen unserer Zeitschrift. In Braunschweig, dem Bundesstaat, der nächst Mecklenburg das reaktionärste Vereinsgesetz besitzt, haben die Genossen versprochen, alles zu tun, um trotzdem eine Frauenbewegung ins Leben zu rufen.

L. Z.

Versammlungen, die vor allem auf die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterinnen und die politische Aufklärung der Frauen abzielten, hielt Genossin Wackwitz-Dresden in letzter Zeit ab. Im Auftrag des Fabrikarbeiterverbandes referierte sie in Hirschberg, Striegau, Schweidnitz und in Breslau, wo in verschiedenen Stadtteilen vier Versammlungen stattfanden. In Schweidnitz sprach die Referentin über: „Die Arbeiterinnen im wirtschaftlichen Kampfe“, überall sonst behandelte sie das Thema: „Was lehrt uns der Kampf ums Dasein?“ Alle Versammlungen waren sehr gut besucht, und der reichlich gependete Beifall bewies, daß die Anwesenden gewillt sind, organisiert gegen die kapitalistische Ausbeutung zu kämpfen. Dieser Kampf tut not. Aus allen Orten nahm die Rednerin betreffs der Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen tieftraurige Eindrücke mit fort. In Striegau und Schweidnitz zum Beispiel fronden mit der Mutter zusammen die Kinder zartesten Alters als Heimarbeiter, im ersteren Orte in der Bürstenindustrie, im letzteren in der Nadelindustrie. In Breslau sind besonders die Arbeiter und Arbeiterinnen der chemischen Fabriken übel daran, die im Volksmund nicht anders als „Giftmühlen“ genannt werden. Wenn man die mit gelbem, grünem, grauem, weißem usw. Staube bedeckten Gestalten von der Arbeit kommen sieht und ihre bleichen, schlaffen Gesichter betrachtet, erhält man schon eine Vorstellung davon, in welcher ungesunder Luft die Ärmsten atmen und hart schaffen müssen. Neben sanitären Schutzvorschriften wäre für sie der Achtstundentag dringend nötig. — Für den Tabakarbeiterverband sprach Genossin Wackwitz zu Potschappel und im Gasthof Bannewitz in zwei Versammlungen, welche die Arbeiterinnen auf die bevorstehenden Kämpfe vorbereiten sollten. Thema: „Die Proletarierin als Hausfrau und Lohnknechtin“. Beide Versammlungen waren prächtig besucht und die zweite führte der Organisation eine gute Zahl Heimarbeiterinnen zu. „Warum müssen sich die Holzarbeiter des Erzgebirges organisieren?“ war das Thema, das Genossin Wackwitz in Leubsdorf behandelte. Die vom Verband der Holzarbeiter einberufene Versammlung war überfüllt — zum erstenmal sprach in dem Orte eine Frau —, obgleich eine fromme Sektse eine Bestrafung anberaumt hatte, um die Seelen der ausgebeuteten Proletarier nicht in die Hände der +++ Roten fallen zu lassen. Die Hälfte der Versammlungsbesucher waren Frauen, die mit gespannter Aufmerksamkeit dem Vortrage folgten, welcher dem Holzarbeiterverband neue Mitglieder gewann. Trotz strömenden Regens wohnten in Löbtau 200 Personen der Versammlung bei, welche der Organisierung der Schokoladenarbeiter und Arbeiterinnen galt. — In Löbtau, Dippoldiswalde und Rochlitz fanden Versammlungen statt, die von den sozialdemokratischen Vereinen veranstaltet worden waren. In Dippoldiswalde und Rochlitz, wo zum erstenmal eine Frau sprach, waren die Säle überfüllt, unter den Anwesenden befanden sich sehr viele Frauen. Genossin Wackwitz referierte über: „Die Proletarierin als Hausfrau, Lohnknechtin und Staatsbürgerin“. Es wurde in beiden Orten der Wunsch geäußert, abwechselnd einen Genossen und eine Genossin in den Versammlungen sprechen zu lassen, damit die Frauen regeren Anteil am politischen Leben nehmen und als Mitkämpferinnen für die Arbeiterbewegung gewonnen würden. Zahlreiche Frauen fronden in Dippoldiswalde und Rochlitz in den Fabriken. Sind sie reich genug für die kapitalistische Ausbeutung, so müssen sie auch zur Neise erzogen werden, um in Reich und Glied gegen diese Ausbeutung anzukämpfen. Diese Erkenntnis bricht sich immer mehr Bahn und treibt die proletarische Frauenbewegung vorwärts.

Marie Wackwitz.

In Hattungen fand kürzlich eine sehr gut besuchte Volksversammlung statt, in der Genossin Zieg über das Thema referierte: „Wie erringen wir uns bessere Zustände“. Mit klaren, verständlichen Worten schilderte sie die Lage der werktätigen Massen und forderte unter Hinweis auf den großen Bergarbeiterstreik die Anwesenden zur Organisation auf. Ihre trefflichen Ausführungen endeten mit der ergreifenden Mahnung, daß die Frauen, die unter allen sozialen Übeln unserer Zeit so schwer zu leiden hätten wie die Männer, sich auch mit diesen zusammen auflären und für eine menschenwürdige Zukunft kämpfen müßten. Braufender Beifall wurde der Referentin gezollt. Gegner meldeten sich nicht zur Diskussion. Die

Aufforderung zum Abonnement auf die „Gleichheit“ verhallte nicht ungehört, die Zahl der Leserinnen ist im stetigen Wachsen begriffen; es steigt die Zahl der Frauen, die Verständnis und Sympathie für die sozialistischen Ideen gewinnen. Mit Befriedigung können wir auf unsere junge Frauenbewegung zurückblicken, welche von Genossin Zieg im letzten Jahre in Fluß gebracht worden ist.

Hermine Kaiser.

Sehr zahlreich besucht war die Volksversammlung, die am 8. Mai in Kalt-Humboldt-Kolonie bei Adeln tagte. Genossin Gradnauer-Berlin sprach über: „Die Frau im politischen Kampfe der Gegenwart“. Die Rednerin zeichnete mit Sachkenntnis und Wärme ein Bild von der Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft und begründete überzeugend, daß die Proletarierin im Lager der Sozialdemokratie für ihre Befreiung kämpfen müsse. Unter Hinweis auf die Bedeutung der russischen Freiheitskämpfe auch für die deutsche Arbeiterklasse schloß sie ihren mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion legte Genossin Schulz Frauen und Männern ans Herz, ihre Pflicht als Klassenbewußte Proletarier zu tun und forderte zum Lesen der „Rheinischen Zeitung“ und der „Gleichheit“ auf. Genossin Kieferath ermahnte die Anwesenden, die in schwerem Kampfe stehenden Brauereiarbeiter in jeder Beziehung zu unterstützen. Nachdem noch eine große Zahl Frauen und Mädchen dem Arbeiterinnenverein beigetreten waren, schloß die Vorsitzende die vom besten Geiste befeelte Versammlung mit der Aufforderung zu steter, treuer Aufklärungs- und Organisationsarbeit und mit einem Hoch auf die proletarische Frauenbewegung und die internationale Sozialdemokratie.

Fr. Wacker.

Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen des fünften sächsischen Reichstagswahlkreises. Um immer mehr Frauen und Mädchen des werktätigen Volkes zum Verständnis der modernen Arbeiterbewegung erwecken zu können, war unser Hauptaugenmerk im letzten Jahre darauf gerichtet, ein planmäßiges Zusammenwirken der Genossinnen herbeizuführen. Unsere Bemühungen, bessere, regelmäßige Fühlung und Verbindung zwischen den einzelnen herzustellen und einen festen Stamm tätiger Genossinnen heranzuschulen, sind nicht fehlgeschlagen. Allerdings ist der Kreis der Frauen, die stetig die mühevollen Kleinarbeit zur Aufklärung und Organisierung ihrer Schwestern leisten, verhältnismäßig klein. Aber wenn man die erzielten Fortschritte richtig schätzen will, so muß man die mancherlei und großen Hindernisse bedenken, die sich der Beteiligung der Frau am politischen Leben entgegenstellen. Besonders hinderlich ist die doppelte Belastung unserer Proletarierinnen mit Arbeit und das Übermaß der kapitalistischen Ausbeutung, die keine Rücksicht auf die Interessen der Frau in der Familie und im öffentlichen Leben kennt. Wenn schon der Mann dem dreimal geheiligten Kapital untertan sein muß, um wie viel mehr das sozial rechtlosere Weib. Trotzdem beginnt bei den Frauen und Mädchen des werktätigen Volkes frisches, gesundes geistiges Leben zu pulsen, wenn die Sonne des Sozialismus mit ihrem wärmenden Strahl in das eintönige Grau des Daseins hineinleuchtet. Auch in unserem Tätigkeitsbezirk dringen die sozialistischen Ideale in immer größere Frauenteile ein. Zwar hat unsere Bewegung 1904 nicht die gleichen äußeren Fortschritte zu verzeichnen wie 1903. Aber das erklärt sich dadurch, daß das letztgenannte Jahr im Zeichen der Reichstagswahl stand, und daß wir 1904 das Schwergewicht unserer Tätigkeit darauf legten, unsere Bewegung zu festigen und zu vertiefen, die neugewonnenen Mitstreiterinnen in die Theorien des Sozialismus einzuführen. Die zu diesem Zwecke veranstalteten Besprechungen und Versammlungen hatten guten Erfolg. Trefflich bewährt hat sich das planmäßige Verteilen der „Gleichheit“ durch eine besondere, mit der Aufgabe betraute Kommission. Die betreffenden Genossinnen leisten ein großes und ein gutes Stück Arbeit und beweisen, wie ernst sie auf jedem Posten im Dienste der Partei ihre volle Schuldigkeit tun. Sie tragen durch ihre Arbeit recht viel zum Zusammenhalt und zur Schulung der Genossinnen bei und verdienen alle Anerkennung dafür. Die Vertrauensperson wird bestrebt sein, auch im neuen Tätigkeitsjahr ihre verfügbare Zeit der Agitation und Organisation des weiblichen Proletariats zu widmen. Wenn sie dabei von den Genossinnen so aufopfernd unterstützt wird wie bisher, so wird der nächste Bericht von weiteren Fortschritten melden können. In einigem und treuem Zusammenwirken sollen alle unsere Kräfte ausgebaut werden, damit auch die letzte indifferente Proletarierin als überzeugte Kämpferin für den alles befreienden Sozialismus gewonnen wird.

Magd. Petermann, Vertrauensperson.

Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen im Kreise Offen. Die proletarische Frauenbewegung unseres Kreises kann trotz ihrer Jugend auf gute Erfolge zurückblicken. Sie setzte im Januar 1904 mit einer öffentlichen Versammlung ein, in der die Genossinnen Zieg und Kähler sprachen. Die Aufstellung von zwei Vertrauenspersonen erfolgte. Genossin Plum und die Unterzeichnete wurden als solche gewählt. Ihre Bemühungen, für die Aufklärung und den Zusammenschluß der Frauen des werktätigen Volkes zu wirken, sind tatkräftig von einheimischen und auswärtigen Genossinnen unterstützt worden. Besonders verdient hat sich Genossin Zieg um die hiesige Frauenbewegung gemacht, stets hat sie dem Rufe Folge geleistet, im Kreise zu agitieren. Außer ihr haben in den zwanzig Frauenversammlungen, die stattfanden, die Genossinnen Kähler, Grünberg und Kiesel referiert. Während des Bergarbeiterstreiks war Genossin Plum in hervorragender Weise rednerisch tätig. Sie hat es vorzüglich verstanden, durch ihre Ausführungen das Klassenbewußtsein ihrer Zuhörerinnen zu wecken und sie mit Verständnis und Begeisterung für den

Kampf ihrer Brüder zu erfüllen. Erfolgreich hat sie den schwarzen und blauen Demagogen ihren Einfluß auf die Frauenwelt freitig gemacht, so daß die bürgerliche Presse, vor allem die Zentrums-Presse, ihrer Tätigkeit bald besondere Aufmerksamkeit zuwendete. Auch noch andere Genossinnen haben während des großen Kampfes ihre ganze Kraft in pflichttreuester Weise für die Sache der Kohlenarbeiter eingesetzt. Die Genossinnen entsendeten zur Bremer Frauenkonferenz Genossin Plum, das Mandat zum Parteitag übertrug sie Genossin Zieg. Die Zahl der Abonnenten der „Gleichheit“ ist von 160 auf 550 gestiegen. Die Einnahmen der Vertrauenspersonen betragen 940,50 Mark, die Ausgaben 811,28 Mark, so daß das neue Tätigkeitsjahr am 1. März mit einem Kasseeinstand von 129,22 Mark begann. Bemerkenswert sei, daß sich unter den Ausgaben 85 Mark für den allgemeinen Agitationsfonds der deutschen Genossinnen befinden, 40 Mark für den Pressefonds und 15 Mark für die streikenden Bergleute. Auf Sammellisten für den Agitationsfonds wurden, abgesehen von der obengenannten Summe, 22,70 Mark vereinnahmt und an Genossin Daader abgeführt, ferner 59,55 Mark für eine bedürftige Genossin.

Allen Genossinnen sei dringend ans Herz gelegt, sich mehr noch als bisher an der praktischen Arbeit, der Kleinarbeit zu beteiligen. Der Stamm der tätigen Genossinnen muß vergrößert werden, damit wir immer erfolgreicher unsere Aufgabe lösen können, die Frauen der ausgebeuteten Massen für den Sozialismus zu gewinnen. Keine Genossin sollte sich damit begnügen, Leserin der „Gleichheit“ zu sein, eine jede müßte vielmehr mit Hand ans Werk legen, unsere Ideale in größere Kreise zu tragen. Eine kleine Zahl von Genossinnen, und mögen sie noch so unermüdblich und opferfreudig sein, reicht dazu nicht aus. Unser Wirkungsfeld ist groß, und wir müssen vor allem auch in den Außenorten eine rührige Tätigkeit entfalten. Es ist uns jetzt möglich, sogar in die allerschwarzesten Ecken einzudringen, da unsere Genossinnen überall festen Fuß gefaßt haben und in richtiger Erkenntnis ihrer eigenen Interessen, der Interessen der gesamten Arbeiterklasse unsere Bestrebungen fördern. Nutzen wir diese Möglichkeit rührig aus, um die Tausende und Tausende von Frauen und Mädchen aufzuwecken, die noch unter dem Einfluß der Arbeiterfeinde stehen. Unsere Aufgabe ist groß und schwer, darum heran, Genossinnen, zur Arbeit. Erkennt eure Pflicht und eure Macht, dann werden wir von Erfolg zu Erfolg schreiten.

Frau Deuper, Vertrauensperson.

Politische Mundschau.

Die Klassengegensätze verschärfen sich, der Klassenkampf nimmt schroffere Formen an. Gibt es noch irgend jemand in unseren Reihen, der diese Tatsachen in Zweifel zieht? Traut noch irgend jemand den Veröhnungsschmalzeien? Den sollte man nach Hamburg schicken, wo kapitalistischen Verhältnissen seinen Segen schier ungehemmt über Unternehmer und Arbeiter ausschütten kann, wo die republikanische Staatsform in der alten Hansestadt jückerliche und monarchische Einflüsse auf den Gang der Politik ausschaltet, wo — wenn überhaupt irgendwo in Deutschland — die Voraussetzungen für ein harmonisches Zusammenwirken der Kapitalistenklasse mit dem Proletariat in Wirklichkeit sein müßten. Aber gerade das Gegenteil von dem, was Ausgleichungstheoretiker hätten auskugeln müssen, ist dort Ereignis geworden. In Hamburg dieser blühenden Welt Handelsstadt, ist der Klassenkampf auf politischem Gebiet heißer entbrannt als je zuvor.

In Hamburg plant die herrschende Bourgeoisie, plant der „königliche Kaufmann“ mit seinen juristischen Handlangern einen Wahlrechtsraub ebenso schnelle und volksoerräterische wie ihn die koalitierten Mächte der Reaktion in Sachsen vor einigen Jahren zuwege gebracht haben. Der Schrecken vor dem Klassenkämpferischen Proletariat ist den hochgeborenen Herren vom Senat und der Bürgerschaft in die wohlgenährten Glieder gefahren, weil 13 Sozialdemokraten, ganze 13 unter 100, in die Bürgerschaft, das Staats- und Stadtparlament eingezogen sind. Noch nicht ein Zehntel der Gesamtheit, und doch dieser Schrecken! Doch die 13 könnten einmal mehr Mehrheit werden und damit die Herrschaft erringen in der alten Hansestadt, heißt es. Könnten sie es wirklich, so wäre das ihr gutes Recht, denn die überwiegende Mehrheit des Volkes hängt längst der Sozialdemokratie an, wie die Reichstagswahlen beweisen. Aber es ist heute schon ein Wahlgesetz in Kraft in Hamburg, das die Möglichkeit einer sozialdemokratischen Mehrheit völlig ausschließt, wie an anderer Stelle zu lesen ist. Jahrzehntelang waren die Arbeiter in der Folge zurückgehalten. Erst neuerdings haben sie planmäßig ihr Recht geltend gemacht. Das Ergebnis dieser Bewegung war der Sieg von 13 sozialdemokratischen Kandidaten bei den letzten Wahlen. Diese Zahl kann sich bei künftigen Wahlen verdoppeln, verdreifachen, vielleicht vervierfachen oder gar verfünffachen. Ob das wird sie aber bei Geltung des gegenwärtigen Systems tun können, da ja eine Anzahl der Mandate immer in den Händen der wohlhabenderen Bevölkerung bleiben wird. Die entschiedene Mehrheit wäre also auch ohne Änderung des Systems den herrschenden Klassen gesichert. Trotzdem diese Angst vor der Sozialdemokratie und das Angstprodukt einer „Wahlrechtsreform“, die urplötzlich in einer sozialdemokratischen Mehrheit vorliegt, ist und die Möglichkeit, sozialdemokratische Abgeordnete in das Stadtparlament zu bringen, auf ein Mindestmaß reduzieren soll.

Das böse Gewissen einer an Ausbeutungsüberfütterung dahinsiechenden Herrscherklasse ohne Glauben an sich selbst ohne Zukunft, spricht aus diesem schädigen Plane. Selbst wenn er verwirklicht werden könnte, er würde das Geschick nicht abwenden, er würde es nur beschleunigen. Tiefen

Grimm entschlossener Tatbereitschaft würde er in der Brust der Hamburger, in der Brust der Genossen ganz Deutschlands entfachen. Aber die Aufgabe der Hamburger Genossen ist es zunächst, den tüchtigen Schlag zu parieren. Und sie sind Mann genug dazu. Sie haben es aber- und abermals in den Kämpfen eines Menschenalters bewiesen.

Sehr zur rechten Zeit, im Augenblick eines entbrannten Wahlrechtskampfes kommt eine geschichtliche Enthüllung. Sie ist enthalten in den Memoiren des Herrn v. Hammerstein, einstmaligen Redakteurs der Kreuz-Zeitung, späteren Zuchthaussträflings, die von Hans Leuß herausgegeben wurden. Dasselbst ist zu lesen, daß besagter Kreuzzeitungsritter in der Blütezeit seines politischen Einflusses, im Jahre 1894, eine konservative Rotabelferversammlung für die Suspendierung des Reichstagswahlrechts gewinnen wollte, um mit der Zusage der konservativen Unterstützung zu solch einem Staatsstreich den Grafen Caprivi aus dem Reichskanzleramt zu heben und dem Grafen Botho Eulenburg hineinzuhelfen. Der Eulenburg hat erklärt, er wisse von diesem Hammersteinschen Plane nichts. Eine Anzahl liberaler Blätter haben sich abgemüht, die Geschichte ins Märchenland zu verweisen. Der damalige konservativ-christlich-soziale Herr v. Gerlach, jetzt sozialliberal, hat jedoch die Leußsche Mitteilung vollinhaltlich bestätigt. Am Widerstande der jungkonservativen Elemente sei der Plan des Mannes mit dem Bullengenic und der eisernen Stirn gescheitert. Innerliche Wahrheit trägt die Erzählung jedenfalls, denn wer möchte leugnen, daß die Junker Feinde des allgemeinen Wahlrechts waren von jeher, und daß immer mehr Mitglieder der Bourgeoisie ihnen in solchen volksfeindlichen Bestrebungen nachkommen. Die ganze reaktionäre Sippe lauert nur auf Gelegenheit zu einem Staatsstreich, und der zitatenfrohe Graf Bülow hat sie zu tatbereiten Verschwörungen nach Hammersteinschem Muster erst neuerdings wieder ermutigt mit den Worten: „Auf moorigem Boden reite ich keine Attaken!“

Er will den festen Boden einer gefügigen Koalitionsmehrheit unter den Hähen haben. Also, wo ist heute der Mann mit dem Bullengenic und der eisernen Stirn, der dem Staatsretter Bülow die Wege bereitet? Nur frisch ans Werk! Die Reaktionäre sind bereit, wir aber auch. Auch für uns gilt das Wort: „Bereit sein ist alles!“ G. L.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Durch den im Druck vorliegenden Rechenschaftsbericht der Generalkommission, der für die Delegierten des Kölner Gewerkschaftskongresses bestimmt ist, erfahren wir schon etwas über die Mitgliederzahl und Kassengebarung der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1904. Das abgelaufene Jahr mit seiner im allgemeinen guten Geschäftskontunktur war für die Entwicklung der Gewerkschaften nicht ungünstig. Die Gesamtzunahme an Mitgliedern betrug denn auch rund 164000. Davon entfallen rund 8000 auf die weiblichen Mitglieder, ein Zuwachs, der relativ ungefähr der Zunahme der männlichen Mitglieder entspricht. Das an sich nicht unerfreuliche Bild — ein Schritt halten der gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiterinnen mit derjenigen der Arbeiter — wird durch einen leichten Schatten getrübt. 1903 hatte die Zunahme der weiblichen Mitglieder 12000 betragen, während sie sich in dem nicht ungünstigeren Jahre 1904 auf nur 8000 stellt, trotz gewiß nicht minderer Agitation. Die Tatsache macht uns keinen Augenblick wandend in unserer Zuversicht auf die kräftige Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Arbeiterinnenorganisation. Jedoch bei aller Befriedigung, mit der uns das Jahr 1904 auch in bezug auf das Steigen der weiblichen Mitgliederzahl in den Gewerkschaften erfüllt, wollen wir nicht unterlassen festzustellen, daß es nicht gleich stark wie im Vorjahre gewesen ist. Wir wollen daraus keine besonderen Lehren für die Art der wirksamsten Agitation unter den Arbeiterinnen ziehen — da die nämliche Erscheinung im Gewerkschaftsleben ohne besondere offensichtliche Gründe schon mehrfach zutage getreten ist. Immerhin möchten wir jedoch bei dieser Gelegenheit unseren bekannten Standpunkt nochmals besonders hervorheben: Dauernder Erfolg für die gewerkschaftliche Arbeiterinnenagitation ist nicht von großen Agitationsversammlungen zu erwarten, sondern vor allen Dingen von der positiven Anteilnahme der Arbeiterinnen an den Errungenschaften, an dem Leben ihrer Gewerkschaft! Berücksichtigung der Arbeiterinnen in Tarif- und Lohnverträgen, nicht Übergangung; Beteiligung der weiblichen Mitglieder an der Leitung und Führung der Gewerkschaft, mit einem Worte: völlige Gleichberechtigung der Arbeiterin mit dem Arbeiter, entsprechend ihren Leistungen an die Gewerkschaft und unter Berücksichtigung der realen Verhältnisse! —

Die Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen in Dresden befinden sich seit einigen Wochen in einer recht tüchtigen Lohnbewegung. Die aufgestellten Forderungen wurden in mehreren Geschäften bewilligt, die circa 600 Personen beschäftigen, zum weitans größten Teil Arbeiterinnen. Einige größere Firmen, wie Jofetti, Sulima usw., haben dagegen zur Zeit, wo wir diese Zeilen schreiben, ihren Arbeiterinnen wegen ihrer Verbandzugehörigkeit gekündigt. Es kommen nahezu 1000 Personen in Betracht. Wenn die Arbeiterinnen nicht wankelmütig werden, so ist an einem Sieg kaum zu zweifeln. Das Bekanntwerden des Vorgehens dieser Weltfirmen allein schon wird nämlich dazu beitragen, daß ihre Fabrikate von den konsumierenden Arbeitern einwillen gemieden werden.

Im Schneidergewerbe droht schon seit Wochen eine größere Aussperrung, ohne daß es bisher zu ihr gekommen wäre. Nur in einzelnen Orten waren bereits kleinere Scharmügel zu verzeichnen, die meist mit Hilfe des Gewerbegerichts zu Verhandlung und Einigung führten. Am guten Willen der

Schneidmacher im Schneidergewerbe, eine größere Aussperrung in Szene zu setzen, hat es wahrlich nicht gefehlt. Amüsant war die kräftige Abfuhr, welche die Herren sich vom Zentralvorstand des Schneiderverbandes holten, als sie in hochmütigem Tone diesem befehlen wollten, er solle seine Mitglieder dazu anhalten, die Arbeit nicht zu verlassen. Ein günstiger Tarifabschluß in Berlin berührt leider nur die Herrenmachbranche, und somit hatten Arbeiterinnen keinen Anteil an ihm.

In den deutschen Telefonwerken zu Berlin verlangte das Personal die Einsetzung eines Arbeiterausschusses. Die Direktion bestimmte aber, daß der Arbeiterausschuß aufgelöst werden müsse, wenn er sich zur Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben als ungenügend erweisen sollte, und daß dann Neuwahlen anzuordnen seien. Das ging den 800 Arbeitern und Arbeiterinnen denn doch über den Spaß, und sie erzwangen durch einmütiges Handeln, daß dieser Passus wegfiel.

In den Berliner Beleuchtungsfabriken Auer und Feuer sollten den Arbeiterinnen, deren Löhne zwischen 17 1/2 bis 35 Pf. variieren, Abzüge von 2 Pf. pro Stunde gemacht werden. Beide Firmen beschäftigen circa 1200 Arbeiterinnen und 300 Arbeiter. Einmütiges Auftreten des Personals gegen die beabsichtigte Lohnreduzierung wehrte dieselbe ab.

Der Weissenfelder Schuhmacherstreik hat nach langwöchigem, heldenmütigem Kampfe mit einer Niederlage der Arbeiter und Arbeiterinnen geendet. Die Hirsch-Dunckerschen haben dabei eine wenig rühmliche Rolle gespielt und den ungünstigen Ausgang des Streik wesentlich mit verschuldet. Aber Einzelheiten hat die Tagespresse ausführlich berichtet, so daß sich ein näheres Eingehen darauf hier erübrigt.

Von den vielen abgehaltenen Generalversammlungen der Gewerkschaftsverbände haben nur wenige besonderes Interesse für unsere Leserinnen. Die Mehrzahl der in Betracht kommenden Organisationen hat keine weiblichen Mitglieder, und die wenigen, die solche aufweisen, haben nur eine verschwindende Zahl davon, so zum Beispiel der Transportarbeiterverband. Besondere Beachtung verdient der Beschluß des Verbandes der Zigarrensortierer, der für die weiblichen Mitglieder eine Unterstützung bei Verheiratung einführt. Es ist dies der erste deutsche Verband — in den englischen Gewerkschaften kennt man diesen Unterstützungszweig seit Jahren —, der die Erneuerung wagt. Auf dem letzten Verbandstag des Buchbinderverbands im vorigen Jahre wurde bekanntlich beantragt, für die weiblichen Mitglieder die angeführte Unterstützung einzuführen, der Antrag stieß aber auf einigen Widerstand, und schließlich bevorzugten die Delegierten die Einführung eines anderen Unterstützungszweigs.

Weibliche Bahnarbeiter werden nach dem Fachorgan der Eisenbahner jetzt auch beim Geleisbau verwendet. Als Weichenstellerinnen und in Vertretung ihrer Männer als Bahnwärter fungieren bereits Frauen seit längerer Zeit. Die neueste „Reform“ im Reiche des Herrn Büdow ist gewiß nicht aus Sympathie für die Frauenemanzipation erfolgt, sondern jedenfalls aus sehr realen fiskalischen Gründen, der niedrigeren Entlohnung halber.

Der lobenswerte Entschluß des Nürnberger Sekretariats, eine Sekretärin anzustellen, ist schon in voriger Nummer der „Gleichheit“ anerkannt gewürdigt worden. Es sei im Anschluß daran darauf hingewiesen, daß im Zentralarbeitersekretariat in Berlin die Generalkommission bereits vor vielleicht zwei Jahren eine weibliche Bureauarbeiterin eingestellt hat. #

Notizenteil.

Soziale Gesetzgebung.

Ein Fortschrittchen des Arbeiterschutzes in der Schweiz ist zu begrüßen. Der Nationalrat hat ein Gesetz erledigt, das den Neunstundentag an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage einführt und den Arbeitschluß an denselben auf spätestens fünf Uhr festsetzt, sowie das Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause ausspricht. Das Gesetz wartete schon seit zwei Jahren auf die Beschlußfassung. Diese erfolgte so spät, weil entgegen dem Standrat der Nationalrat sich nicht entschließen konnte, der geringfügigen Einschränkung der Heimarbeit zuzustimmen, für die besonders Genosse Dr. Studer rührig eintrat. Wie das Gesetz eine winzige Abschlagszahlung auf den gesetzlichen Schuß der Heimarbeit bringt, also auch auf die Freigabe des Sonnabendnachmittags. Wie lange wird es währen, bis diese Abschlagszahlung vervollständigt wird?

Das Verbot der Nachtarbeit von Frauen betreffend, soll nach den Meldungen bürgerlicher Blätter die Internationale Arbeiterschulungskonferenz der Regierungen zu Bern sich für folgende Reformen ausgesprochen haben: 1. Den Frauen, die in industriellen Betrieben der beteiligten Länder beschäftigt sind, ist eine siebenstündige unverletzliche Nachtruhe von abends 10 Uhr bis morgens 5 Uhr zu gewähren. 2. Den Frauen soll in allen Fällen eine zusammenhängende Arbeitsunterbrechung von elf Stunden zuteil werden, in welcher die sieben Stunden Nachtruhe inbegriffen sind. Die Arbeiterin, die bis 10 Uhr abends in der Fabrik tätig ist, darf demnach nicht vor 9 Uhr morgens wieder zur Arbeit kommen; die Arbeiterin, welche früh 5 Uhr ihre Beschäftigung beginnt, muß diese spätestens um 6 Uhr abends einstellen. Es wurde betont, daß für verschiedene Industrien Einschränkungen dieser Vorschriften bewilligt werden müßten; ferner daß der belgischen Wollindustrie und der österreichischen Fuderindustrie eine Übergangszeit von 10 Jahren für die Einführung der Reformen zu gewährt sei! — Die Konferenz beschloß sich auch mit dem Verbot der Verwendung weißer Phosphors in der Zündhölzchenindustrie. Die von

ihr zum Zwecke der Beratung dieser Materie eingesetzte Kommission sprach sich unter gewissen Vorbedingungen für das Verbot aus. Die Konferenz hat hinter verschlossenen Türen getagt. Begreiflich genug. Sie muß die Kritik der werftätigen Massen fürchten. Die Ausbeute ihrer Beratungen sieht — gemessen an den schreienden Bedürfnissen des Proletariats und den vorhandenen Möglichkeiten, ihnen gerecht zu werden — wie blutiger Hohn aus. Daß es trotzdem eine Milderung sozialer Übel bedeutete, wenn ihre schwächlichen Anregungen in die Praxis überführt würden, kennzeichnet die Erbarmlichkeit der sozialen Gesetzgebung. Vertreten waren auf der Konferenz die Regierungen von Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Italien, Luxemburg, Holland, Portugal, Rumänien, Serbien, Schweden und Norwegen.

Frauenstimmrecht.

Für das Frauenwahlrecht haben 700 bis 800 Frauen von Christiania am 17. Mai, dem Verfassungstag, demonstriert. An ihrem Demonstrationzuge nahmen 13 Vereine mit ihren Fahnen teil. Vorausgetragen wurden zwei große weiße Fahnen mit der Aufschrift: „Allgemeines Stimmrecht auch für die Frauen“. Auf dem Versammlungsplatze sprachen Frau Gjøstein und Storbingsabgeordneter Erikfen. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der die Frauen das Wahlrecht in Staat und Kommune in der gleichen Ausdehnung fordern, wie es die Männer besitzen.

Die volle politische Gleichberechtigung der Frauen hat der letzte Parteitag der schwedischen Sozialdemokratie gefordert. Er verlangte das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu den politischen und kommunalen Wahlen für alle Männer und Frauen, die 21 Jahre alt sind.

Bereinsrecht der Frauen.

Ein neues Vereins- und Versammlungsrecht gegen die Frauen ist in Elsaß-Lothringen geschaffen worden. Seine Bestimmungen, die im allgemeinen den Geist der verstocktesten Reaktion atmen, sind dem weiblichen Geschlecht gegenüber besonders rückschrittlich. Mit den Minderjährigen und Ausländern zusammen ist den Frauen die Mitgliedschaft in Vereinen untersagt, die sich mit öffentlichen, religiösen oder sozialpolitischen Angelegenheiten beschäftigen, beziehungsweise welche eine Einwirkung auf politische Wahlen bezwecken. Auch Versammlungen, von denen das gilt, sind den Frauen verschlossen. Bei der Dehnbarkeit der Begriffe „öffentliche“ und „sozialpolitische“ Angelegenheiten und bei der wunderfam entwidesteten Fähigkeit der Behörden, in jeder beliebigen Frage ein öffentliches oder sozialpolitisches Moment aufzuspüren, wird durch das neue Gesetz die Beteiligung der elsass-lothringischen Frauen am öffentlichen Leben gewaltig unterbunden. Der Ausschluß der Frauen von Vereinen und Versammlungen der bezeichneten Art nimmt sich wie blutiger Hohn aus angesichts der ausgiebigen Verwendung von Frauenarbeit in der Textilindustrie der Reichslande. Wenn jemand, so werden die ausgebeuteten Arbeiterinnen durch ihre ureigensten Interessen zur Beteiligung am politischen Leben gezwungen. Davon zu schweigen, daß der Kaufschul der Bestimmungen auch ihre gewerkschaftliche Organisation schwer bedroht, die ihnen doch so nötig ist wie das liebe Brot. Genosse Emmel, der einzige Vertreter der Sozialdemokratie im Landesauschuß — dem Parlament der Reichslande —, hat leider erfolglos für ein zeitgemäßes, gerechtes Vereins- und Versammlungsrecht energisch gekämpft.

Frauenbewegung.

Ein russischer Frauenkongress in Moskau nahm eine Resolution an, welche die Notwendigkeit der politischen Befreiung Russlands betont und die Schaffung einer Volksvertretung, gleiches Recht für Männer und Frauen, die Beendigung des Krieges usw. fordert. 500 Frauen aus allen Kreisen der Bevölkerung wohnten dem Kongress bei, der zwei Tage dauerte.

Für die Einführung der Zivildienst in Österreich und eine entsprechende Reform des Eherechts hat sich kürzlich die Wiener Advolatenkammer ausgesprochen.

Weibliche Studierende an der Technischen Hochschule zu München sollen nach Maßgabe der allgemeinen Bestimmungen dieses Bildungsinstituts zugelassen werden, sofern sie das Reisezeugnis eines deutschen humanistischen oder Realgymnasiums besitzen.

Als Schularztin in Hannover soll Fräulein Dr. med. Rose Senger in dem kommenden Sommer angestellt werden. Außer ihr werden noch drei männliche Mediziner als Schularzte amtieren.

Quittung.

Im April und Mai gingen bei der Unterzeichneten für den Agitationsfonds der Genossinnen ein: Ragdeburg durch Genossin Heeren 9,80 M., Bromberg, Liste 1077, durch Genossin Stöbel 2,60 M., Schmiedeberg (Erzgeb.) durch Genossin Albrecht 2,60 M., Hamburg, für Bona gesammelt, erhalten durch Genossin Fahrwald 100 M., durch Genossin Zieh von Genossin Rolfs 4 M., Hattungen für Bona bei der Maifeier durch Genossinnen gesammelt 4,50 M., Augsburg, Liste 1139, durch Genossin Greifenberg 10 M., Berlin, Liste 1430, 1431, durch Genossin Frohmann 15,90 M., durch Genossin Grünberg 5 M. Summa: 154,40 M.

Dankest quittiert:

Ottlie Baader, Berlin S 53, Blücherstr. 49, Hof II.

In die Empfindsamen.

Von Friedrich Theodor Vischer.

Weichheit ist gut an ihrem Ort,
 Wer sie ist kein Lösungswort,
 Kein Schild, keine Klinge und kein Griff;
 Kein Panzer, kein Steuer für dein Schiff.
 Du ruderst mit ihr vergebens.
 Kraft ist die Parole des Lebens:
 Kraft im Zuge des Strebens,
 Kraft im Wagen,
 Kraft im Schlagen,
 Kraft im Behagen,
 Kraft im Entsagen,
 Kraft im Ertragen,
 Kraft bei des Bruders Not und Leid
 Im stillen Werke der Menschlichkeit.

Räthes Federhut.

Von Ida Christen.

Arme Leute kaufen ihr Brennholz von dem Zimmerplage weg. Es wird nicht in Wagen vor das Tor gefahren, sondern die Kinder gehen mit alten Tüchern hin und lesen an Spänen zusammen, was sie nur tragen können, bezahlen dann ein paar Groschen dafür und schleppen ihr Bündel auf dem Rücken nach Hause.

So wird es den ganzen Tag auf großen Zimmerplätzen nicht leer von den Kindern der Armen, und es setzt oft Pflüffe dort ab. Die Gesellen, der Werkmeister, oft der Zimmermeister selbst, fahren gelegentlich mit der Hand daren; am meisten aber prügeln sich die Kinder untereinander. So war es, als ich noch selbst ein Kind war, und so wird es wohl noch heute sein.

Bei Regen und Sonnenschein, vom ersten Frühlingstag bis es herbstlich zu frösteln begann, mußte ich hinaus auf den Platz und den Holzbedarf für den nächsten Tag heimtragen, ja sogar noch etwas darüber, denn ein Büschel Späne wurde immer an die Rückwand der stockfinstern Küche gelegt. Jeden Tag ein Büschel, das gab bis zum Herbst einen Vorrat, der bis an die Decke reichte und für manchen Wintertag vorhielt.

„Ist sonst zu nichts gut das Ding, die Christel,“ sagte der alte Herr Fuchs, in dessen schmaler Kammer meine Mutter, ich, meine Schwester Maria und mein kleiner Bruder wohnten.

„Ist zu sonst nichts gut das Ding . . . das Ding“ . . . brummte der Herr Fuchs drei-, viermal, laute ein abscheuliches Stück Tabak zusammen, wurde dunkelrot im Gesicht und rollte dabei auf einem großen glatten Tische die frischgenähten Handschuhe mit einem runden Holze, bis sie so schmal und fein wurden, wie sie der französische Handschuhmacher, unser „Her“, verkaufte. Meine Mutter und die Maria saßen bei dem Kammerfenster, die Räthe saß in der großen Stube, aber alle nähten vom frühen Morgen bis in die späte Nacht, während ich unter dem breiten hohen Tische hockte — dort war mein Spielplatz daheim —, vor mich hin duselte oder Knöpfe an die fertigen Handschuhe nähen mußte. Ab und zu kam der struppige, weiße Kopf des alten Herrn Fuchs zu mir herabgefahren, schaute mich grimmig an und knurrte sein:

„Ist zu sonst nichts gut das Ding!“

Ich hatte damals das siebente Jahr erreicht, fing an in die Höhe zu schießen, war mager, sommerbrannt, hatte strohgelbe, steife Haare und war immer lustig und hungerig. Das größte Stück Brot, welches die Kinder auf den Zimmerplatz brachten, handelte ich für meinen größten Span ein, und ich hatte noch lange nicht genug bis zum Abendessen, das nebst dem Frühbrot unsere einzige Mahlzeit war.

Daß ich solchen unternehmenden Tauschhandel trieb, wußte meine Mutter nicht, sie grämte sich schon genug ob der vielen blauen Flecken und Beulen, die ich heimbrachte, oder ob der Risse, welche mein Röckchen trug.

Meine Mutter war eine empfindsame Frau, die sich immer etwas suchte, worüber sie weinen konnte. Jeden Tag jammerte und weinte sie über unser Elend und über alle Krankheits- und Todesfälle in der Nachbarschaft, und wenn zufällig nichts geschah, borgte sie sich eine Zeitung aus und weinte über alles das, was an Unglück drinnen stand, und ich, die sich um nichts kümmerte, als daß morgen wieder auf dem Zimmerplatz Sonnenschein und große Späne wären, ich sollte immer mit ihr weinen. . . .

Wenn sie so recht trostlos auf meinen zerrissenen Rock niederschlichzte und mich dabei immer wieder fragte: „Wie hast du mir das angestellt?! . . .“ konnte ich ihr nie auseinanderzusetzen, daß die Buben ihr Brot für meinen Span nicht immer ganz gutwillig herausgaben, und daß es alsdann zu ganz sonderbaren Zweikämpfen kam, die um so erbitterter waren, weil sie lautlos und möglichst unbemerkt ausgefochten wurden. Am Boden hinkriechend während des Sammelns der Späne — unter irgend einen Pfosten, an dem der Geselle über uns weiterzimmerte — saßen wir uns an den Köpfen, kniffen uns in die Beine, pufften, wohin wir eben trafen, und suchten

von unseren Kleiderresten irgend einen Lappen als Siegeszeichen zu erhaschen. Manchmal rollten wir in diesen kriegerischen Zerstreungen zu weit in die Nähe der Zimmerleute, da gab es dann einen flüchtigen Fußtritt, und wir wurden samt und sonders vom Plage gejagt. Wie vor dem verlorenen Paradies standen wir dann an der Einzäunung des freiliegenden viereckigen Zimmerplatzes, schauten durch die Gitter und baten flüchtig um Einlaß. Aber es half dann nichts mehr. . . .

Was uns daheim erwartete, wußten wir, das kam noch immer früh genug, darum trieben wir uns auf den Feldern herum und zauderten, bis unsere gewöhnliche Heimkehrstunde schlug. Je später es wurde, desto wehmütiger war unsere Stimmung; je näher wir unseren Wohnstätten kamen, desto milder und nachsichtiger wurden wir gegeneinander — die, welche sich am ärgsten gerauft hatten, gingen rührend veröhnlich Hand in Hand — und wenn wir an den Haustoren flüsternd Abschied nahmen, zeigten nur noch die flatternden Risse unserer Kleider, daß wir tagsüber verschiedene Meinungen in unserer Weise zu einigen suchten.

Ich schob mich an solchen bündellosen Abenden immer langsam durch das Haustor, pochte kaum vernehmlich an die Rückentür und hatte es gewonnen, wenn mir die Räthe öffnete. Die Räthe war vor Jahren auch auf dem Zimmerplatz gewesen, die wußte, wie es dort zuging.

„Räthe, ich hab' heut nichts,“ raunte ich ihr schon zwischen der Türe zu.

„Sei nur still, deine Mutter ist in der Kammer“ . . . erwiderte sie leise.

Ich huschte seelenvergnügt durch die Küche in die Stube.

„Na du! bist schon da? Schaut wieder sauber aus du!“ polterte der alte Herr Fuchs, an dem ich vorbei mußte, wenn ich in unsere Kammer wollte; war ich erst drinnen, so frug meine Mutter nicht mehr viel, und ich machte mir mit meinem schläferigen Brüderchen zu schaffen.

Aber manchmal, wenn sie mir selbst öffnete und mich ohne Späne vor der Türe stehen sah! . . .

Sie war reicher Leute Kind und erst nach meines Vaters Tod so arm geworden, und da sie deshalb in ihrer Kindheit nie auf einen Zimmerplatz gehen mußte, konnte ich sie auch nie über die Geschäftsgewohnheiten der Gesellen ganz aufklären. . . . Aus ihren Puffen machte ich mir nicht viel, denn sie hatte eine kleine, schwache Hand, aber sie weinte und klagte ohne Ende, daß wir alle den nächsten Winter elendiglich erfrieren würden; und sie sagte das so hoffnungslos und überzeugend, daß ich sie in meiner Todesangst händeringend frug, wann eigentlich der schreckliche Winter beginne. . . . An solchen aufgeregten Abenden glaubte ich es auch, wenn der alte Herr Fuchs die Türe aufstieß und in unsere Kammer hineinschrie:

„Von allen nichtsmühigen Kindern, die auf der Welt dem lieben Herrgott seine Zeit abstehlen, ist das Ding doch das allernichtsmühigste!“ Dann schob er den Tabak im Munde hin und her, zog heftig an seinen nachlässigen Hofenträgern und warf, während er mir noch mit der Faust drohte, die Türe wieder zu.

Ich kroch dann mit einem unaussprechlichen Abscheu vor meiner eigenen Nichtsmühigkeit und mit einem dünnen Stück Butterbrot — das mir meine Mutter immer in einer nachträglich-zärtlichen Anwandlung gab — zu meinem Bruder auf den Strohsack und schlief meist recht bald ein. . . .

Aber mit einem Male hatte alle Not auf dem Zimmerplatz ein Ende, denn ich fand einen mächtigen Gönner dort. Den Engländer nannten die anderen einen langen breitschulterigen Gesellen, der mit den Beinen weitauseinander daherging, einen Wald von Haaren in dem Gesicht trug und immer die größten Sparren zimmerte. Die anderen sagten, er sei früher auf einem Schiffe gewesen und in der ganzen Welt herumgesehelt, und jetzt wolle er einmal auf festem Lande leben und unsere Sprache lernen. Es mag wohl so gewesen sein, denn er sprach ein mühsames Deutsch und sang oft fremdartige Lieder, die aber so lustig klangen, daß alle lachten, besonders wenn er auf ein und demselben kleinen Fleck dabei tanzte und die Füße in die Luft warf. . . . Lang war er, daß er mit seinem Kopfe über die Größten hinwegschaute, und auf seinen braunen Armen lagen daumenbreite Muskeln, die ich damals für Stricke nahm.

Ich getraute mich anfangs nie recht in seine Nähe, bis einmal die Kinder sagten:

„Siehst, der ist ein Ries!“

Nun schlich ich sachte hin und wollte den Riesen genau sehen, ich machte mir erst nur so unauffällig mit seinen Spänen zu tun, und als er mich nicht beachtete, schaute ich dabei an ihm hinan. Als ich so in der Sonne stand und hinaufzwinkerte, flog ihm eine Wespe gegen die Stirne, ich dachte nicht daran, wie klein ich und wie groß er sei, sondern fuhr nur erschreckt mit abwehrender Hand, so hoch ich konnte, in die Luft. . . . Er lachte hell auf, schlug sich mit beiden Händen auf die Schenkel, hockte sich auf den Fersen wiegend, zu mir auf die Erde, schaute mir nun schnurgerade in die Augen und sagte:

„Du Aff!“

Dann lachten wir alle beide, ich weiß nicht warum. Plötzlich kam aber die Wespe wieder angefaust und saß flugs auf seiner Nase. . . . Ohne mich zu besinnen, schlug ich tüchtig hin, und sie fiel tot nieder. Der Engländer schaute mich erst verduht an, fuhr sich selber nach der Nase, und dann hob er mich an den Falten meines Rockes auf, schleuderte mich ein wenig durch die Luft und setzte mich wieder neben seinen Pfosten auf den Boden.

Lachend raffte er mit dem Fuße Späne zusammen und deutete: „Da nimm!“

Mittlerweile war es Mittagszeit geworden, und die Gesellen verließen alle den Platz, nur der Engländer setzte sich auf einen Holzblock, nahm Brot und Fleisch aus seinem blauen Leinwand, hieß mich Wasser holen in dem Krüge, der neben ihm stand, und begann alsdann zu essen. Ich setzte mich still an seine Seite nieder und schaute so wie er in die helle Luft.

Große blauschimmernde Fliegen hingen regungslos über uns und schwankten nur, wenn ein flüchtiger Hauch sie anwehte. . . . Aber den Feldern zitterte und glitzerte etwas Unfassbares, Durchsichtiges, und weit oben kreisten Tauben, deren Flügel wie blankes Silber glänzten. Es war ganz ruhig ringsum, nur weit rückwärts hieben noch ein paar Gesellen darauf los; der taktmäßige Fall ihrer Beile war das einzige Geräusch; als aber ein dumpfer gleicher Schlag erscholl, hatten auch die ihre Beile einfallen lassen und gingen bald grüßend an uns vorbei, hinaus durch die Felder. . . .

Der Sonnenschein lag heiß wie ein klargoldener Schleier über dem schattenlosen Plage, das frischbehauene Holz duftete scharf, und aus manchem abgeschälten Stamme quoll schwarzes reingelbes Harz hervor. Unter dem einzigen dichtbelaubten Baume, der da war, legte sich der Engländer nieder, streckte seine langen Beine aus und winkte mir.

„Wie heißt du?“

„Christel.“

„So . . .“ gähnte er, legte die Arme unter den Kopf, schob seinen breiten Strohhut über das Gesicht und lag die Weile wieder so still, daß ich dachte, er sei eingeschlafen, und mich nicht zu regen wagte.

„Willst du ein Stück Fleisch, Christel?“

(Schluß folgt.)

Glaubensbekenntnis.

Von Friedrich Theodor Vischer.

Wir haben keinen
 Lieben Vater im Himmel.
 Sei mit dir im reinen!
 Man muß aushalten im Weltgetümmel
 Auch ohne das.
 Was ich alles las
 Bei gläubigen Philosophen,
 Lockt keinen Hund vom Ofen.
 Wär' einer droben in Wollenhöhen
 Und würde das Schauspiel mitansehn,
 Wie mitteleidlos, wie teuflisch wild
 Tier gegen Tier und Menschenbild,
 Mensch gegen Tier und Menschenbild
 Mütet mit Zahn, mit Gift und Stahl,
 Mit ausgefommener Folterqual,
 Sein Vaterherz würd' es nicht ertragen,
 Mit Donnerkeilen würd' er drein schlagen,
 Mit tausend heiligen Donnerwettern
 Würd' er die Henkernechte zerschmettern.

Meint ihr, er werde in anderen Welten
 Hintennach Böss und Gut vergelten,
 Ein grausam hingemordetes Leben
 Zur Vergütung in seinen Himmel heben?
 O, wenn sie erwachten in anderen Fluren,
 Die zu Tod gemarterten Kreaturen:
 „Ich danke!“ würden sie sagen,
 „Wärd' es nicht noch einmal wagen.
 Es ist überstanden. Es ist geschehen.
 Schließ mir die Augen; mag nichts mehr sehen.
 Leben ist Leben. Wo irgend Leben,
 Wird es auch eine Natur wieder geben,
 Und in der Natur ist kein Erbarmen.
 Da werden auch wieder Menschen sein,
 Die könnten wie dazumal mich umarmen —
 O, leg ins Grab mich wieder hinein!“

Wer aber lebt, muß es klar sich sagen:
 Durch dies Leben sich durchzuschlagen,
 Das will ein Stück Noheit.
 Wohl dir, wenn du das hast erfahren
 Und kannst dir dennoch retten und wahren
 Der Seele Noheit.
 In Seelen, die das Leben aushalten
 Und Mitleid üben und menschlich walten,
 Mit vereinten Waffen
 Wirken und schaffen
 Trotz Hohn und Spott,
 Da ist Gott.